



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Präsidentialverfügung

Décision présidentielle

Decisione presidenziale

27. Okt. 1988

1885

5. Die Taggeldentschädigung für die Delegationsmitglieder beträgt Fr. 130.--; dem Delegationschef kann ein zusätzlicher Beitrag von bis zu Fr. 100.-- zufließen.
Internationale Konferenz über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt, 3./4. November 1988 in Strassburg

Aufgrund des Antrages des EDA vom 17 Oktober 1988
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz wird an der vom Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt einberufenen diplomatischen Konferenz zur Ausarbeitung eines internationalen Uebereinkommens über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt, die am 3. und 4. November 1988 in Strassburg stattfindet, teilnehmen.
2. Die Schweizerische Delegation besteht aus:
 - Fürsprecher R. Stettler, Minister, Stellvertretender Direktor der Direktion für Völkerrecht, Chef der Schweizerischen Delegation in der Zentralkommission in der Rheinschifffahrt, als Delegationschef;
 - Dr. W. Müller, Advokat und Notar in Basel, schweizerischer Kommissar in der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, als Stellvertreter;
 - Dr. P. Reutlinger, Adjunkt des Direktors der Rheinschiffahrtsdirektion Basel;
 Die Delegation kann Experten beiziehen.
3. Der Delegationschef wird ermächtigt, die von der Konferenz allenfalls verabschiedeten Dokumente (Schlussakte, Uebereinkommen) unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen. Ist der Delegationschef zum Zeitpunkt der Unterzeichnung verhindert oder gelangen die Instrumente erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Unterzeichnung, so ist dazu auch der Chef der Ständigen Vertretung der Schweiz beim Europarat in Strassburg ermächtigt.

4. Die im Antrag unter Ziffer III enthaltenen Ausführungen gelten als Richtlinien für die Schweizerische Delegation.

Protokollauszug an:			
ZV	E.K.	Direkt.	
		EDA	10 -
		EM	
	X	EFD	5 -
		EMD	
	X	EFD	1 -
		EVD	
	X	EVED	5 -
		KK	
	X	EFX	1 -
		EFX	1 -



HEIDENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

-2-

DEPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

5. Die Taggeldentschädigung für die Delegationmitglieder beträgt Fr. 130.--; dem Delegationschef kann ein zusätzlicher Betrag von bis zu Fr. 15.-- pro Tag ausgerichtet werden, sofern er Ausgaben im Zusammenhang mit seiner Funktion nachweist. Im übrigen wird Dr. W. Müller gleich wie für seine Tätigkeit in der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt entschädigt. Die Taggeldentschädigung und die Reisekosten von Dr. Reutlinger gehen zu Lasten der Rubrik 103.201.04 (vom Bundesrat bestellte Abordnungen).
6. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, eine auf den Namen des Delegationschefs und des Chefs der Ständigen Vertretung der Schweiz beim Europarat in Strassburg lautende Unterzeichnungsvollmacht und eine auf den Namen des Delegationschefs lautende Verhandlungsvollmacht auszustellen.

Legenstand der diplomatischen Konferenz

Nach eingehender Vorberatung im Rechtsausschuss und in der Kommission für die Rheinschiffahrt (ZKA) am 17. März 1968 hat der frühere Frühlingskessel den Entwurf eines "Strassburger-Übereinkommens über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschiffahrt (CLM)" zuhänden einer diplomatischen Konferenz verabschiedet. Gemäss Mitteilung des Generalsekretärs der ZKA wird diese Konferenz am 3. und 4. November 1968 in Strassburg stattfinden. Das Übereinkommen soll zu einer Vereinheitlichung der am Rhein zur Zeit noch national geregelten Haftungssysteme führen. Aus diesem Grund ist vorgesehen, neben den sechs Vertragsstaaten der Mannheimer Akte (Belgien, BRD, Frankreich, Grossbritannien, die Niederlande und die Schweiz) auch das Grossherzogtum Luxemburg zur erwähnten Konferenz einzuladen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

II Entwurf des Übereinkommens über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschiffahrt

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
		EVD		
	X	EVED	5	-
		BK		
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 17. Oktober 1988

vorgesehen als
Präsidialverfügung

An den Bundesrat

Internationale Konferenz über die Beschränkung der Haftung
in der Binnenschifffahrt

I Gegenstand der diplomatischen Konferenz

Nach eingehender Vorberatung im Rechtsausschuss konnte die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR) anlässlich ihrer diesjährigen Frühjahrssession den Entwurf eines "Strassburger-Uebereinkommens über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt (CLNI)" zuhanden einer diplomatischen Konferenz verabschieden. Gemäss Mitteilung des Generalsekretärs der ZKR wird diese Konferenz am 3. und 4. November 1988 in Strassburg stattfinden. Das Uebereinkommen soll zu einer Vereinheitlichung der am Rhein zur Zeit noch national geregelten Haftungssysteme führen. Aus diesem Grund ist vorgesehen, neben den sechs Vertragsstaaten der Mannheimer Akte (Belgien, BRD, Frankreich, Grossbritannien, die Niederlande und die Schweiz) auch das Grossherzogtum Luxemburg zur erwähnten Konferenz einzuladen.

II Entwurf des Uebereinkommens über die Beschränkung der
Haftung in der Binnenschifffahrt

Auf dem Rhein verkehren neben Binnen- auch Seeschiffe, auf die ein besonderes Haftungsbeschränkungssystem Anwendung findet. Da sich das CLNI-Uebereinkommen sowohl materiell als auch formell an das für die Schweiz am 1. April 1988 in Kraft getretene Uebereinkommen von 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen angleicht, können nunmehr auch die bestehenden Unterschiede der Haftungssysteme zwischen den See- und Binnschiffen weitgehend beseitigt werden.

In der Rheinschiffahrt selbst gelten zur Zeit ebenfalls unterschiedliche Haftungssysteme. In der Schweiz hat sich bereits seit längerem das vom Seerecht übernommene Summenhaftungssystem durchgesetzt; danach haftet der Reeder mit dem gesamten Vermögen, jedoch ist seine Haftung für Ansprüche, die sich aus der Schiffahrt ergeben, auf einen nach der Tonnage und/oder der Motorenleistung des Schiffes berechneten Wert beschränkt (Artikel 126 des Seeschiffahrtsgesetzes). Demgegenüber kennen namentlich die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich noch immer das Werthaftungssystem, welches, ausgehend vom Wert des Schiffes nach dem Unfall, insofern zu unbilligen Resultaten führt, als es die alten, sich in schlechtem Zustand befindlichen Schiffe gegenüber neuen in Form von niedrigeren Haftungssummen gewissermassen prämiert.

Gegenüber den bisher in Artikel 126 des Seeschiffahrtsgesetzes festgehaltenen Haftungsbeträgen für Binnenschiffe bringt das CLNI-Uebereinkommen je nach Art des Schadens eine Erhöhung von etwa 60 bis gegen 100 %. Das Uebereinkommen gibt dem Haftpflichtigen das Recht, dort wo ein gerichtliches Verfahren wegen eines der Beschränkung unterliegenden Anspruchs gegen ihn eingeleitet worden ist, einen Haftungsfonds zu errichten; dadurch kann er sich einer Verarrestierung anderer Vermögenswerte - namentlich des Schiffes - entziehen.

III Position der Schweizerischen Delegation

Das im Entwurf vorliegende Uebereinkommen ist aus schweizerischer Sicht zu begrüßen, führt es doch zu einer einheitlichen Haftungsregelung auf dem Rhein, und damit zu grösserer Rechtssicherheit. Zudem werden die bei grösseren Ereignissen kaum mehr genügenden Haftungslimiten beträchtlich heraufgesetzt und auf der gesamten Rheinstrecke nach denselben Kriterien bemessen. Angesichts der weitgediehenen Vorarbeiten im Rahmen des Ausschusses für Binnenschiffahrtsrecht der ZKR, dürfte sich der vorliegende Entwurf in der Konferenz als tragfähige Kompromissgrundlage erweisen.

Gestützt auf diese grundsätzlich positive Beurteilung des Uebereinkommens, dürfte die Aufgabe der Schweizerischen Delegation hauptsächlich darin bestehen, sich durch konstruktive Kompromissvorschläge für die Beibehaltung der oben dargelegten Grundzüge des Uebereinkommens einzusetzen.

Was die Frage der Umrechnung der in Sonderziehungsrechten (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgedrückten Beträge anbelangt, so sieht das Uebereinkommen zwar keine Umrechnungsmethode vor für Nichtmitglieder des IWF, doch stellt dies für die Schweiz keine Schwierigkeit dar; auch ohne besondere Erwähnung im Uebereinkommen selbst kann im Zeitpunkt der Ratifikation eine Erklärung analog zu derjenigen beim Beitritt zum CIM/CIV-Abkommen (BB1 1978 I 1094) abgegeben werden, worin das Umrechnungsverfahren dargelegt wird. Um allfälligen späteren Auslegungsdifferenzen vorzubeugen, sollte die Schweizerische Delegation während der Konferenz darauf hinweisen, dass das Uebereinkommen zwar insofern eine Lücke aufweise, als es das Umrechnungsverfahren für Nichtmitglieder des IWF nicht regle, die Schweiz jedoch - was sie anbelange - diese Lücke anlässlich der Ratifikation durch eine Erklärung schliessen werde. Allfällige Vorbehalte zum Uebereinkommen werden nach schweizerischer Praxis ebenfalls erst bei der Ratifikation anzubringen sein.

IV Schweizerische Delegation

Der Konferenz bleiben lediglich zwei Tage, um einen Uebereinkommens-text verabschieden zu können. Bei allenfalls aufkommenden Divergenzen wird somit kaum Zeit bleiben für Rücksprachen, da in den laufenden Beratungen unter Umständen sogleich ein Konsens gefunden werden muss. Aus diesem Grunde erscheint es zweckmässig, den Rheinkommissar sowie einen der beiden Experten, die bereits an den Vorarbeiten im Rahmen des Ausschusses teilgenommen haben in die vom Chef der Schweizerischen Delegation in der ZKR angeführte Konferenzdelegation aufzunehmen. Damit wird sowohl den Interessen des Bundes als auch des unmittelbar interessierten Kantons gebührend Rechnung getragen. Die Delegation kann Experten beiziehen.

Aus diesen Ueberlegungen wird folgende Zusammensetzung der Schweizerischen Delegation vorgeschlagen:

-4-

- Fürsprecher R. Stettler, Minister, Stellvertretender Direktor der
Direktion für Völkerrecht, Chef der Schweizerischen Delegation in
der Zentralkommission in der Rheinschiffahrt,
als Delegationschef;
- Dr. W. Müller, Advokat und Notar in Basel, schweizerischer Kommis-
sar in der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt,
als Stellvertreter;
- Dr. P. Reutlinger, Adjunkt des Direktors der Rheinschiffahrts-
direktion Basel;

Der Delegationschef ist ermächtigt, die allenfalls von der Konferenz verabschiedeten Dokumente (Schlussakte, Uebereinkommen über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschiffahrt) unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen. Sollte der Delegationschef bei der Unterzeichnung verhindert sein oder das Uebereinkommen zu einem späteren Zeitpunkt am Sitze der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt zur Unterzeichnung aufgelegt werden, so ist der Chef der Ständigen Vertretung der Schweiz beim Europarat in Strassburg zur Unterzeichnung zu ermächtigen.

V Konsultation mitinteressierter Aemter

Im Rahmen der Konsultation mitinteressierter Aemter haben sich das Bundesamt für Justiz, das Bundesamt für Wasserwirtschaft sowie die Eidgenössische Finanzverwaltung mit der Vorlage einverstanden erklärt.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



René Felber

-5-

Geht zum Mitbericht an: - Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
(Bundesamt für Justiz)

Internationale Konferenz
Rheinschiffahrt, 3./4. - Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement
(Bundesamt für Wasserwirtschaft)

Aufgrund des Antrages des
Aufgrund der Ergebnisse - Eidg. Finanzdepartement
(Eidg. Finanzverwaltung)

beschlossen:

Protokollauszug an: - Bundeskanzlei, zur Ausstellung der Vollmacht

1. Die Schweiz wird an - Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten

der Haltung in der - Eidg. Justiz- und Polizeidepartement

in Strassburg stattfindig - Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement

2. Die Schweizerische Delegation - Eidg. Finanzdepartement

- Fürsprecher R. Stettler, Minister, Stellvertretender Direktor der
Direktion für Völkerrecht, Chef der Schweizerischen Delegation in
der Zentralkommission in der Rheinschiffahrt,
als Delegationschef;

- Dr. M. Müller, Advokat und Notar in Basel, schweizerischer
Kommissar in der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt,
als Stellvertreter;

- Dr. P. Reutlinger, Adjunkt des Direktors der Rheinschiffahrts-
direktion Basel;

Die Delegation kann Experten beiziehen.

3. Der Delegationschef wird ermächtigt, die von der Konferenz allenfalls
verabschiedeten Dokumente (Schlussakte, Übereinkommen) unter Befrei-
lungsvorbehalt zu unterzeichnen. Ist der Delegationschef zum Zeit-
punkt der Unterzeichnung verhindert oder gelangen die Dokumente
erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Unterzeichnung, so ist dazu auch
der Chef der Ständigen Vertretung der Schweiz beim Bureau in
Strassburg ermächtigt.

4. Die im Antrag unter Ziffer III enthaltenen Ausführungen gelten als
Richtlinien für die Schweizerische Delegation.

Internationale Konferenz über die Beschränkung der Haftung in der
Binnenschifffahrt, 3./4. November 1988 in Strassburg

Aufgrund des Antrages des EDA vom 17 Oktober 1988
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Schweiz wird an der vom Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt einberufenen diplomatischen Konferenz zur Ausarbeitung eines internationalen Uebereinkommens über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt, die am 3. und 4. November 1988 in Strassburg stattfindet, teilnehmen.
2. Die Schweizerische Delegation besteht aus:
 - Fürsprecher R. Stettler, Minister, Stellvertretender Direktor der Direktion für Völkerrecht, Chef der Schweizerischen Delegation in der Zentralkommission in der Rheinschifffahrt, als Delegationschef;
 - Dr. W. Müller, Advokat und Notar in Basel, schweizerischer Kommissar in der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt, als Stellvertreter;
 - Dr. P. Reutlinger, Adjunkt des Direktors der Rheinschiffahrtsdirektion Basel;Die Delegation kann Experten beiziehen.
3. Der Delegationschef wird ermächtigt, die von der Konferenz allenfalls verabschiedeten Dokumente (Schlussakte, Uebereinkommen) unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen. Ist der Delegationschef zum Zeitpunkt der Unterzeichnung verhindert oder gelangen die Instrumente erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Unterzeichnung, so ist dazu auch der Chef der Ständigen Vertretung der Schweiz beim Europarat in Strassburg ermächtigt.
4. Die im Antrag unter Ziffer III enthaltenen Ausführungen gelten als Richtlinien für die Schweizerische Delegation.

-2-

5. Die Taggeldentschädigung für die Delegationmitglieder beträgt Fr. 130.--; dem Delegationschef kann ein zusätzlicher Betrag von bis zu Fr. 15.-- pro Tag ausgerichtet werden, sofern er Ausgaben im Zusammenhang mit seiner Funktion nachweist. Im übrigen wird Dr. W. Müller gleich wie für seine Tätigkeit in der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt entschädigt. Die Taggeldentschädigung und die Reisekosten von Dr. Reutlinger gehen zu Lasten der Rubrik 103.201.04 (vom Bundesrat bestellte Abordnungen).

6. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, eine auf den Namen des Delegationschefs und des Chefs der Ständigen Vertretung der Schweiz beim Europarat in Strassburg lautende Unterzeichnungsvollmacht und eine auf den Namen des Delegationschefs lautende Verhandlungsvollmacht auszustellen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Projet

CONVENTION DE STRASBOURG
SUR LA LIMITATION DE LA RESPONSABILITE EN NAVIGATION INTERIEURE
CLNI

Entwurf

STRASSBURGER ÜBEREINKOMMEN
ÜBER DIE BESCHRÄNKUNG DER HAFTUNG IN DER BINNENSCHIFFFAHRT
CLNI

Ontwerp

VERDRAG VAN STRAATSBURG
INZAKE DE BEPERKING VAN AANSPRAKELIJKHEID IN DE BINNENVAART
CLNI

CHAPITRE I

Le droit à limitation

Article 1

Personnes en droit de limiter leur responsabilité

1. Les propriétaires de bateaux et les assistants, tels que définis ci-après, peuvent limiter leur responsabilité conformément aux règles de la présente Convention à l'égard des créances visées à l'article 2.
2. L'expression
 - a) "propriétaire de bateau" désigne le propriétaire, le locataire, l'affrèteur, l'amateur et l'amateur-gérant d'un bateau.
 - b) "bateau" désigne un bateau de navigation intérieure et englobe également les hydroglisseurs, les bacs et les menues embarcations, mais non pas les aéroglisseurs. Sont assimilés aux bateaux, les dragues, grues, élévateurs et tous autres engins ou outillages flottants et mobiles de nature analogue.
 - c) "assistant" désigne toute personne fournissant des services en relation directe avec les opérations d'assistance ou de sauvetage. Ces opérations comprennent également celles que vise l'article 2, paragraphe 1 lettres d), e) et f).
 3. Si l'une quelconque des créances prévues à l'article 2 est formée contre toute personne dont les faits, négligences et fautes entraînent la responsabilité du propriétaire ou de l'assistant, cette personne est en droit de se prévaloir de la limitation de responsabilité prévue dans la présente Convention.
 4. Dans la présente Convention, l'expression "responsabilité du propriétaire de bateau" comprend la responsabilité résultant d'une action formée contre le bateau lui-même.
 5. L'assureur qui couvre la responsabilité à l'égard des créances soumises à limitation conformément à la présente Convention est en droit de se prévaloir de celle-ci dans la même mesure que l'assuré lui-même.
 6. Le fait d'invoquer la limitation de responsabilité n'emporte pas la reconnaissance de cette responsabilité.

KAPITEL I

Recht auf Haftungsbeschränkung

Artikel 1

Zur Beschränkung der Haftung berechtigter Personen

1. Schiffseigentümer und Berger oder Retter im Sinn der nachstehenden Begriffsbestimmungen können ihre Haftung für die in Artikel 2 angeführten Ansprüche nach den Bestimmungen dieses Übereinkommens beschränken.
2. Der Ausdruck
 - a) "Schiffseigentümer" bezeichnet den Eigner, Mieter, Charterer, Reeder und Ausrüster eines Schiffes.
 - b) "Schiff" bezeichnet ein Binnenschiff und umfasst auch Tragflächenboote, Fähren und Kleinfahrzeuge, nicht jedoch Luftkissenfahrzeuge. Den Schiffen stehen gleich Bagger, Krane, Elevatoren und alle sonstigen schwimmenden und beweglichen Anlagen oder Geräte ähnlicher Art.
 - c) "Berger oder Retter" bedeutet jede Person, die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Bergung oder Hilfeleistung Dienste leistet. Zu einer Bergung oder Hilfeleistung gehören auch die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben d), e) und f) erwähnten Arbeiten.
 3. Wird einer der in Artikel 2 angeführten Ansprüche gegen eine Person geltend gemacht, für deren Handeln, Unterlassen oder Verschulden der Schiffseigentümer oder der Berger oder Retter haftet, so ist diese Person berechtigt, sich auf die in diesem Übereinkommen vorgesehene Haftungsbeschränkung zu berufen.
 4. In diesem Übereinkommen schliesst die Haftung des Schiffseigentümers die Haftung für Ansprüche ein, die gegen das Schiff selbst geltend gemacht werden.
 5. Ein Versicherer, der die Haftung in Bezug auf Ansprüche versichert, die der Beschränkung nach diesem Übereinkommen unterliegen, kann sich im gleichen Umfang wie der Versicherte auf dieses Übereinkommen berufen.
 6. Die Geltendmachung der Haftungsbeschränkung bedeutet keine Anerkennung der Haftung.

HOOFDSTUK I

Het recht op beperking

Artikel 1

Personen die gerechtigd zijn hun aansprakelijkheid te beperken

1. Scheepseigenaren en hulpverleners, zoals hierna omschreven, kunnen hun aansprakelijkheid beperken voor de in artikel 2 genoemde vorderingen overeenkomstig de regels van dit Verdrag.
2. De uitdrukking
 - a) "scheepseigenaar" betekent de eigenaar, huurder, bevrachter en de beheerder van een schip, alsmede degene in wiens handen de exploitatie van een schip is gelogd.
 - b) "schip" betekent een binnenschip en omvat mede draagvleugelboten, veerponten en kleine vaartuigen, maar niet luchtkussen-voertuigen. Met schepen worden gelijkgesteld baggermolens, kranen, elevatoren en alle andere drijvende en verplaatsbare werktuigen en materiaal van soortgelijke aard.
 - c) "hulpverlener" betekent iedere persoon die diensten verricht rechtstreeks verband houdende met hulpverleningswerkzaamheden. Hulpverleningswerkzaamheden omvatten mede werkzaamheden bedoeld in artikel 2, eerste lid, onder d), e) en f).
 3. Indien een van de vorderingen genoemd in artikel 2 wordt ingesteld tegen een persoon voor wiens handeling, onachtzaamheid of nalatigheid de scheepseigenaar of hulpverlener aansprakelijk is, is die persoon gerechtigd zich te beropen op de beperking van aansprakelijkheid bedoeld in dit Verdrag.
 4. In dit Verdrag omvat de aansprakelijkheid van de scheepseigenaar de aansprakelijkheid die voortvloeit uit een tegen het schip zelf ingestelde rechtsvordering.
 5. Een verzekeraar die de aansprakelijkheid dekt voor vorderingen waarvoor overeenkomstig dit Verdrag beperking geldt, kan op die beperking in gelijke mate een beroep doen als de verzekerde zelf.
 6. Het beroep op beperking van aansprakelijkheid houdt geen erkenning van aansprakelijkheid in.

Article 2

Créances soumises à la limitation

1. Sous réserve des articles 3 et 4, les créances suivantes, quel que soit le fondement de la responsabilité, sont soumises à la limitation de responsabilité :

- a) créances pour mort, pour lésions corporelles, pour pertes ou dommages à tous biens (y compris les dommages causés aux ouvrages d'art des ports, bassins, voies navigables, écluses, ponts et aides à la navigation), survenus à bord du bateau ou en relation directe avec l'exploitation de celui-ci ou avec des opérations d'assistance ou de sauvetage, ainsi que pour tout autre préjudice en résultant;
 - b) créances pour tout préjudice résultant d'un retard dans le transport de la cargaison, des passagers ou de leurs bagages;
 - c) créances pour d'autres préjudices résultant de l'atteinte à tous droits de source extracontractuelle et survenus en relation directe avec l'exploitation du bateau ou avec des opérations d'assistance ou de sauvetage;
 - d) créances pour avoir renfloué, enlevé, détruit ou rendu inoffensif un bateau coulé, naufragé, échoué ou abandonné, y compris tout ce qui se trouve ou s'est trouvé à bord;
 - e) créances pour avoir enlevé, détruit ou rendu inoffensive la cargaison du bateau;
 - f) créances produites par une autre personne que la personne responsable pour les mesures prises afin de prévenir ou de réduire un dommage pour lequel la personne responsable peut limiter sa responsabilité conformément à la présente Convention et pour les dommages ultérieurement causés par ces mesures.
2. Les créances visées au paragraphe 1 sont soumises à la limitation de responsabilité même si elles font l'objet d'une action, contractuelle ou non, récursoire ou en garantie. Toutefois, les créances produites aux termes du paragraphe 1 (lettres d), e) et f) ne sont pas soumises à la limitation de responsabilité dans la mesure où elles sont relatives à la rémunération en application d'un contrat conclu avec la personne responsable.

Artikel 2

Der Beschränkung unterliegende Ansprüche

1. Vorbehaltlich der Artikel 3 und 4 unterliegen folgende Ansprüche, ungeachtet des Grundes der Haftung, der Haftungsbeschränkung :

- a) Ansprüche wegen Tod oder Körperverletzung oder wegen Verlust oder Beschädigung von Sachen (einschliesslich Beschädigung von Hafenanlagen, Hafenbecken, Wasserstrassen, Schleusen, Brücken und Navigationshilfen), die an Bord oder in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb des Schiffes oder mit Bergungs- oder Hilfeleistungsarbeiten eintreten, sowie wegen daraus entstehender weiterer Schäden;
 - b) Ansprüche wegen Schäden infolge Verspätung bei der Beförderung von Gütern, Reisenden oder deren Gepäck;
 - c) Ansprüche wegen sonstiger Schäden, die sich aus der Verletzung nichtvertraglicher Rechte ergeben und in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb des Schiffes oder mit Bergungs- oder Hilfeleistungsarbeiten stehen;
 - d) Ansprüche aus der Hebung, Beseitigung, Vernichtung oder Unschädlichmachung eines gesunkenen, havarierten, festgefahrenen oder verlassenen Schiffes, samt allem, was sich an Bord eines solchen Schiffes befindet oder befunden hat;
 - e) Ansprüche aus der Beseitigung, Vernichtung oder Unschädlichmachung der Ladung des Schiffes;
 - f) Ansprüche einer anderen Person als des Haftpflichtigen wegen Massnahmen, die ergriffen wurden, um Schäden, für die der Haftpflichtige seine Haftung nach diesem Übereinkommen beschränken kann, abzuwehren oder zu verringern, sowie wegen weiterer durch solche Massnahmen entstandener Schäden.
2. Die in Absatz 1 angeführten Ansprüche unterliegen auch dann der Haftungsbeschränkung, wenn sie auf Grund eines Vertrags oder sonstige als Rückgriffs- oder Entschädigungsansprüche geltend gemacht werden. Die in Absatz 1 Buchstaben d), e) und f) angeführten Ansprüche unterliegen jedoch nicht der Haftungsbeschränkung, soweit sie ein mit dem Haftpflichtigen vertraglich vereinbartes Entgelt betreffen.

Artikel 2

Vorderingen vatbaar voor beperking

1. Behoudens de artikelen 3 en 4 zijn de volgende vorderingen, ongeacht de grondslag van de aansprakelijkheid, vatbaar voor beperking van aansprakelijkheid:

- a) vorderingen met betrekking tot dood of letsel danwel verlies of beschadiging van zaken (hieronder begrepen schade aan kunstwerken van havens, aan dokken, waterwegen, sluisen, bruggen en hulpmiddelen bij de navigatie), ontstaan aan boord van het schip of in rechtstreeks verband met de exploitatie daarvan of met hulpverleningswerkzaamheden, alsmede alle andere daaruit voortvloeiende schade;
 - b) vorderingen met betrekking tot schade voortvloeiend uit vervoer bij het vervoer van lading, passagiers of hun bagage;
 - c) vorderingen met betrekking tot andere schade die voortvloeit uit inbreuk op andere rechten dan die uit overeenkomst, en die ontstaat in rechtstreeks verband met de exploitatie van het schip of met hulpverleningswerkzaamheden;
 - d) vorderingen met betrekking tot het vlotbrengen, verwijderen, vernietigen of het onschadelijk maken van een gezonken, vergaan, gestrand of verlaten schip, daarbij ingegrepen alles wat zich aan boord bevindt of heeft bevonden;
 - e) vorderingen met betrekking tot het verwijderen, vernietigen of het onschadelijk maken van de lading van het schip;
 - f) vorderingen van een andere persoon dan de aansprakelijke persoon met betrekking tot maatregelen die zijn genomen ter voorkoming of vermindering van schade, waarvoor de aansprakelijke persoon zijn aansprakelijkheid overeenkomstig dit Verdrag kan beperken, alsmede verdere door zulke maatregelen veroorzaakte schade.
2. De in het eerste lid genoemde vorderingen zijn vatbaar voor beperking van aansprakelijkheid, zelfs indien zij, al dan niet op grond van een overeenkomst, worden ingesteld bij wijze van verhaal of vrijwaring. Vorderingen genoemd in het eerste lid, letters d), e) en f), zijn echter niet vatbaar voor beperking van aansprakelijkheid voor zover zij betrekking hebben op beloning krachtens een met de aansprakelijke persoon gesloten overeenkomst.

Article 3

Créances exclues de la limitation

Les règles de la présente Convention ne s'appliquent pas :

- a) aux créances du chef d'assistance, de sauvetage ou de contribution en avarie commune;
- b) aux créances soumises à toute convention internationale ou législation nationale régissant ou interdisant la limitation de responsabilité pour dommages nucléaires;
- c) aux créances contre le propriétaire d'un bateau nucléaire pour dommages nucléaires ;
- d) aux créances des préposés du propriétaire du bateau ou de l'assistant dont les fonctions se rattachent au service du bateau ou aux opérations d'assistance ou de sauvetage ainsi qu'aux créances de leurs héritiers, ayants cause ou autres personnes fondées à former de telles créances si, selon la loi régissant le contrat d'engagement conclu entre le propriétaire du bateau ou l'assistant et les préposés, le propriétaire du bateau ou l'assistant n'a pas le droit de limiter sa responsabilité relativement à ces créances, ou, si, selon cette loi, il ne peut le faire qu'à concurrence d'un montant supérieur à celui prévu à l'article 6.

Article 4

Conduite supprimant la limitation

Une personne responsable n'est pas en droit de limiter sa responsabilité s'il est prouvé que le dommage résulte de son fait ou de son omission personnels, commis avec l'intention de provoquer un tel dommage, ou commis témérairement et avec conscience qu'un tel dommage en résulterait probablement.

Article 5

Compensation de créances

Si une personne en droit de limiter sa responsabilité selon les règles de la présente Convention a contre son créancier une créance née du même événement, leurs créances respectives se compensent et les dispositions de la présente Convention ne s'appliquent qu'au solde éventuel.

Artikel 3

Vorderingen uitgezonderd van beperking

De regels van dit Verdrag zijn niet van toepassing op:

- a) vorderingen uit hoofde van hulpverlening of wegens bijdrage in avari-j-grosse;
- b) vorderingen, onderworpen aan een internationaal verdrag of nationale wetgeving, waardoor beperking van aansprakelijkheid voor kernschade geregeld of verboden wordt;
- c) vorderingen tegen de eigenaar van een nucleair schip terzake van kernschade;
- d) vorderingen van ondergeschikten van de scheepseigenaar of hulpverlener, wier werkzaamheden verband houden met het schip of de hulpverleningswerkzaamheden, daaronder begrepen vorderingen van hun erfgenamen, rechtverkljngenden of andere personen, die gerechtigd zijn zulke vorderingen in te stellen, indien de scheepseigenaar of hulpverlener volgens de wet die op de arbeidsovereenkomst van toepassing is, niet gerechtigd is zijn aansprakelijkheid voor zulke vorderingen te beperken, of indien hij zulks volgens die wet slechts kan doen tot een hoger bedrag dan dat bedoeld in artikel 6.

Artikel 4

Gedragingen die de beperking opheffen

Een aansprakelijke persoon is niet gerechtigd zijn aansprakelijkheid te beperken, indien bewezen wordt dat de schade het gevolg is van zijn persoonlijk handelen of nalaten, geschied hetzij met het opzet zodanige schade te veroorzaken, hetzij roekeloos en met de wetenschap dat zodanige schade er waarschijnlijk uit zou voortvloeien.

Artikel 5

Verrekening van vorderingen

Wanneer een persoon, die krachtens de bepalingen van dit Verdrag gerechtigd is zijn aansprakelijkheid te beperken, tegen de schuldeiser een vordering heeft die voortkomt uit dezelfde gebeurtenis, worden de respectieve vorderingen met elkaar verrekend en de bepalingen van dit Verdrag zijn alsdan slechts van toepassing op het eventuele saldo.

Artikel 3

Von der Beschränkung ausgenommene Ansprüche

Die Bestimmungen dieses Übereinkommens sind nicht anzuwenden auf

- a) Ansprüche aus Bergung oder Hilfeleistung oder Beitragsleistung zur grossen Haverei;
- b) Ansprüche, die unter ein internationales Übereinkommen oder innerstaatliche Rechtsvorschriften fallen, welche die Haftungsbeschränkung bei nuklearen Schäden regeln oder verbieten;
- c) Ansprüche gegen den Eigentümer eines Reaktorschiffes wegen nuklearer Schäden;
- d) Ansprüche von Bediensteten des Schiffseigners oder des Bergers oder Retters, deren Aufgaben mit dem Betrieb des Schiffes oder mit Bergungs- oder Hilfeleistungsarbeiten zusammenhängen, sowie Ansprüche ihrer Erben, Angehörigen oder sonstiger zur Geltendmachung solcher Ansprüche berechtigter Personen, wenn der Schiffseigentümer oder der Berger oder Retter nach dem Recht, das für den Dienstvertrag zwischen ihm und diesen Bediensteten gilt, seine Haftung für diese Ansprüche nicht beschränken oder nur auf einen Betrag beschränken kann, der den in Artikel 6 vorgesehenen übersteigt.

Artikel 4

Die Beschränkung ausschliessendes Verhalten

Ein Haftpflichtiger darf seine Haftung nicht beschränken, wenn nachgewiesen wird, dass der Schaden auf eine Handlung oder Unterlassung zurückzuführen ist, die von ihm selbst in der Absicht, einen solchen Schaden herbeizuführen, oder leichtfertig und in dem Bewusstsein begangen wurde, dass ein solcher Schaden mit Wahrscheinlichkeit eintreten werde.

Artikel 5

Gegenansprüche

Hat eine Person, die zur Beschränkung der Haftung nach den Bestimmungen dieses Übereinkommens berechtigt ist, gegen den Gläubiger einen Anspruch, der aus dem gleichen Ereignis entstanden ist, so sind die beiderseitigen Ansprüche gegeneinander aufzurechnen und die Bestimmungen dieses Übereinkommens nur auf den etwa verbleibenden Anspruch anzuwenden.

HOOFDSTUK II

Aansprakelijkheidsgrenzen

Artikel 6
Algemene grenzen

1. De aansprakelijkheidsgrenzen voor andere vorderingen dan die genoemd in artikel 7, die voortkomen uit eenzelfde gebeurtenis, worden als volgt berekend:

a) met betrekking tot vorderingen ter zake van dood of letsel:

(i) voor een schip, niet bestemd tot het vervoer van goederen, in het bijzonder een passagiersschip, 200 rekeneenheden per kubieke meter waterverplaatsing tot het vlak van de grootste toegelaten diepgang, vermeerderd voor schepen voorzien van mechanische voortbewegingswerktuigen met 700 rekeneenheden voor elke KW van het vermogen van de voortbewegingswerktuigen;

(ii) voor een schip dat is bestemd voor het vervoer van goederen, 200 rekeneenheden per ton laadvermogen van het schip, vermeerderd voor schepen voorzien van mechanische voortbewegingswerktuigen met 700 rekeneenheden voor elke KW van het vermogen van de voortbewegingswerktuigen;

(iii) voor een duw- of sleepboot, 700 rekeneenheden voor elke KW van het vermogen van de voortbewegingswerktuigen;

(iv) voor een duwboot die op het tijdstip waarop de schade is veroorzaakt, hecht met dubbakken in een duweenheid was gekoppeld, wordt het overeenkomstig onderdeel (iii) berekende aansprakelijkheidsbedrag vermeerderd met 100 rekeneenheden per ton laadvermogen van de geduwde bakken; deze vermeerdering vindt niet plaats, indien bezwaarschrift dat de duwboot hulp heeft verleend aan de gekoppelde bakken;

(v) voor een schip voorzien van mechanische voortbewegingswerktuigen, dat op het tijdstip waarop de schade is veroorzaakt, andere hecht met dit schip gekoppelde schepen voortbeweegt, wordt het overeenkomstig de onderdelen (i), (ii) of (iii) berekende aansprakelijkheidsbedrag vermeerderd met 100 rekeneenheden per ton laadvermogen of per kubieke meter waterverplaatsing van de andere schepen; deze vermeerdering vindt niet plaats, indien bezwaarschrift dat dit schip hulp heeft verleend aan de gekoppelde schepen;

(vi) voor drijvende en verplaatsbare werktuigen en materiaal in de zin van artikel 1, tweede lid, letter b), tweede volzin, hun waarde op het tijdstip van het voorval.

KAPITEL II

Haftungshöchstbeträge

Artikel 6
Allgemeine Höchstbeträge

1. Die Haftungshöchstbeträge für andere als die in Artikel 7 angeführten Ansprüche, die aus demselben Ereignis entstanden sind, errechnen sich wie folgt:

a) für Ansprüche wegen Tod oder Körperverletzung:

(i) für ein Schiff, das nach seiner Zweckbestimmung nicht der Beförderung von Gütern dient, insbesondere ein Fahrgastschiff, 200 Rechnungseinheiten für jeden Kubikmeter Wasserverdrängung des Schiffes bei höchstzulässigem Tiefgang, vermehrt bei Schiffen mit eigener Antriebskraft um 700 Rechnungseinheiten für jedes KW der Leistungsfähigkeit der Antriebsmaschinen;

(ii) für ein Schiff, das nach seiner Zweckbestimmung der Beförderung von Gütern dient, 200 Rechnungseinheiten für jede Tonne der Tragfähigkeit des Schiffes, vermehrt bei Schiffen mit eigener Antriebskraft um 700 Rechnungseinheiten für jedes KW der Leistungsfähigkeit der Antriebsmaschinen;

(iii) für ein Schub- oder Schleppboot 700 Rechnungseinheiten für jedes KW der Leistungsfähigkeit der Antriebsmaschinen;

(iv) für ein Schubboot, das im Zeitpunkt der Verursachung des Schadens starr mit Schubleichtern zu einem Schubverband verbunden war, erhöht sich der nach Unterabsatz (iii) errechnete Haftungsbetrag um 100 Rechnungseinheiten für jede Tonne der Tragfähigkeit der Schubleichter; diese Erhöhung tritt insoweit nicht ein, als nachgewiesen wird, dass das Schubboot für einen Schubleichter Bergungs- oder Hilfeleistungsdienste erbringt;

(v) für ein Schiff mit eigener Antriebskraft, das im Zeitpunkt der Verursachung des Schadens andere mit diesem Schiff fest gekoppelte Schiffe fortbewegt, erhöht sich der nach Unterabsatz (i), (ii) oder (iii) errechnete Haftungsbetrag um 100 Rechnungseinheiten für jede Tonne der Tragfähigkeit oder für jeden Kubikmeter Wasserverdrängung der anderen Schiffe; diese Erhöhung tritt insoweit nicht ein, als nachgewiesen wird, dass dieses Schiff für ein fest gekoppeltes Schiff Bergungs- oder Hilfeleistungsdienste erbringt;

(vi) für schwimmende und bewegliche Anlagen und Geräte im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 Buchstabe b) Satz 2 ihr Wert im Zeitpunkt des Ereignisses.

CHAPITRE II

Limites de responsabilité

Article 6

Limites générales

1. Les limites de responsabilité à l'égard des créances autres que celles mentionnées à l'article 7, nées d'un même événement, sont calculées comme suit:

a) à l'égard des créances pour mort ou lésions corporelles:

(i) pour un bateau non affecté au transport de marchandises, notamment un bateau à passagers, 200 unités de compte pour chaque mètre cube de déplacement d'eau du bateau à l'enfoncement maximal autorisé, majoré pour les bateaux munis de moyens mécaniques de propulsion de 700 unités de compte pour chaque KW de la puissance de leurs machines de propulsion;

(ii) pour un bateau affecté au transport de marchandises, 200 unités de compte par tonne de port en lourd du bateau, majoré pour les bateaux munis de moyens mécaniques de propulsion de 700 unités de compte pour chaque KW de la puissance de leurs machines de propulsion;

(iii) pour un pousseur ou remorqueur, 700 unités de compte pour chaque KW de la puissance de leurs machines de propulsion;

(iv) pour un pousseur qui, au moment où le dommage a été causé, était accouplé avec des barges en convoi poussé, son montant de responsabilité calculé conformément à l'alinéa (ii) est majoré de 100 unités de compte par tonne de port en lourd des barges poussées; cette majoration n'est pas applicable s'il est prouvé que le pousseur a fourni aux barges du convoi poussé des services d'assistance ou de sauvetage;

(v) pour un bateau muni de moyens mécaniques de propulsion qui, au moment où le dommage a été causé, assure la propulsion d'autres bateaux accouplés à ce bateau, son montant de responsabilité calculé conformément aux alinéas (i), (ii) ou (iii) est majoré de 100 unités de compte par tonne de port en lourd ou par mètre cube de déplacement d'eau des autres bateaux; cette majoration n'est pas applicable s'il est prouvé que ce bateau a fourni aux bateaux accouplés des services d'assistance ou de sauvetage;

(vi) pour les engins ou outillages flottants et mobiles au sens de l'article premier paragraphe 2 lettre b) deuxième phrase, leur valeur au moment de l'événement.

- b) à l'égard de toutes les autres créances, la moitié des montants visés à la lettre a).
- c) Lorsque le montant calculé conformément au paragraphe 1 lettre a) est insuffisant pour régler intégralement les créances y visées, le montant calculé conformément au paragraphe 1 lettre b) peut être utilisé pour régler le solde impayé des créances visées au paragraphe 1 lettre a) et ce solde impayé vient en concurrence avec les créances visées au paragraphe 1 lettre b).
- d) Dans aucun cas, les limites de responsabilité ne peuvent être inférieures à 200 000 unités de compte à l'égard des créances pour mort ou lésions corporelles et à 100 000 unités de compte à l'égard de toutes les autres créances.
2. Toutefois, sans préjudice du droit des créances pour mort ou lésions corporelles conformément au paragraphe 1 lettre c), un Etat Partie peut stipuler dans sa législation nationale que les créances pour dommages causés aux ouvrages d'art des ports, bassins, voies navigables, écluses, ponts et aides à la navigation, ont, sur les autres créances visées au paragraphe 1 lettre b), la priorité qui est prévue par cette législation.
3. Les limites de responsabilité visées au paragraphe 1 lettre d) ci-dessus s'appliquent aussi à tout assistant fournissant des services d'assistance ou de sauvetage à un bateau et n'agissant ni à partir d'un bateau de navigation intérieure ni à partir d'un navire de mer ou à tout assistant agissant uniquement à bord du bateau auquel il fournit des services d'assistance ou de sauvetage.
- b) für alle übrigen Ansprüche die Hälfte der in Buchstabe a) genannten Beträge.
- c) Erreicht der nach Absatz 1 Buchstabe a) errechnete Betrag zur vollen Befriedigung der darin genannten Ansprüche nicht aus, so steht der nach Absatz 1 Buchstabe b) errechnete Betrag zur Befriedigung der nicht befriedigten Restansprüche nach Absatz 1 Buchstabe a) zur Verfügung, wobei diese Restansprüche den gleichen Rang wie die in Absatz 1 Buchstabe b) genannten Ansprüche haben.
- d) In allen Fällen dürfen die Haftungshöchstbeträge für Ansprüche wegen Tod oder Körperverletzung 200 000 Rechnungseinheiten und für alle übrigen Ansprüche 100 000 Rechnungseinheiten nicht unterschreiten.
2. Unbeschadet der Rechte nach Absatz 1 Buchstabe c) in bezug auf Ansprüche wegen Tod oder Körperverletzung kann ein Vertragsstaat in seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften jedoch bestimmen, dass Ansprüche wegen Beschädigung von Hafenanlagen, Hafenbecken, Wasserstrassen, Schleusen, Brücken und Navigationshilfen den ihnen in diesen Rechtsvorschriften eingeräumten Vorrang vor Ansprüchen nach Absatz 1 Buchstabe b) haben.
3. Für einen Berger oder Retter, der für ein Schiff Bergungs- oder Hilfeleistungsdienste leistet und weder von einem Binnenschiff noch von einem Seeschiff aus arbeitet, sowie für einen Berger oder Retter, der ausschliesslich auf dem Schiff arbeitet, für das er Bergungs- oder Hilfeleistungsdienste leistet, gelten die in Absatz 1 Buchstabe d) genannten Haftungshöchstbeträge.
- b) Met betrekking tot alle andere vorderingen, de helft van de onder a) genoemde bedragen.
- c) Wanneer het bedrag, berekend overeenkomstig het eerste lid, letter a) onvoldoende is voor de volledige betaling der daarin genoemde vorderingen, is het bedrag berekend overeenkomstig het eerste lid, letter b) beschikbaar voor de voldoening van het onbetaalde saldo van de in het eerste lid, letter a) genoemde vorderingen en dit deelt onbetaalde saldo naar evenredigheid mee met de in het eerste lid, letter b) genoemde vorderingen.
- d) In geen geval kunnen de aansprakelijkheidsgrenzen lager zijn dan 200.000 rekenenheten met betrekking tot vorderingen ter zake van dood of letsel en dan 100.000 rekenenheten met betrekking tot alle andere vorderingen.
2. Echter, onverminderd het recht van vorderingen ter zake van dood of letsel volgens het eerste lid, onder c), kan een Staat die Partij is bij dit Verdrag, in zijn nationale wet bepalen dat vorderingen met betrekking tot schade aan kunstwerken van havens, aan dokken, waterwegen, sluizen, bruggen en hulpmiddelen bij de navigatie, de bij die wet bepaalde voorrang hebben boven andere in het eerste lid, letter b) bedoelde vorderingen.
3. De in het eerste lid, letter d) genoemde aansprakelijkheidsgrenzen zijn ook van toepassing op een hulpverlener die hulp verleent aan een binnenschip en die geen werkzaamheden verricht vanaf een binnenschip of zeeschip of voor een hulpverlener die uitsluitend werkzaamheden verricht aan boord van het binnenschip waaraan hij hulp verleent.

Artikel 7 Grenzen voor vorderingen van passagiers

1. Met betrekking tot vorderingen, die voortkomen uit eenzelfde gebeurtenis, ter zake van dood of letsel van passagiers van een schip, belooft de aansprakelijkheidsgrens van de scheepseigenaar een bedrag van 60.000 rekeneneenheden, vermenigvuldigd met het aantal passagiers dat het schip gerechtigd is te vervoeren volgens zijn veiligheidscertificaat; is het aantal passagiers dat het schip gerechtigd is te vervoeren niet voorgeschreven, dan wordt die beperking bepaald door het aantal passagiers dat het schip op het moment van de gebeurtenis daadwerkelijk heeft vervoerd.

Deze grenzen kunnen niet lager zijn dan 720.000 rekeneneenheden en kunnen niet hoger zijn dan de volgende bedragen:

- a) 3 miljoen rekeneneenheden voor schepen met een toegestane capaciteit van niet meer dan 100 passagiers;
- b) 6 miljoen rekeneneenheden voor schepen met een toegestane capaciteit van niet meer dan 180 passagiers;
- c) 12 miljoen rekeneneenheden voor schepen met een toegestane capaciteit van meer dan 180 passagiers.

2. Voor de toepassing van dit artikel wordt onder "vorderingen ter zake van dood of letsel van passagiers van een schip" verstaan alle vorderingen uit dien hoofde ingesteld door of namens een aan boord van dat schip vervoerde persoon:

- a) krachtens een overeenkomst tot het vervoer van passagiers, of
- b) die, met toestemming van de vervoerder, een voertuig of levende dieren begeleidt, waaromtrent een overeenkomst van goederenvervoer is gesloten.

Artikel 8 Rekeneenheid

1. De rekeneneenheid, bedoeld in de artikelen 6 en 7, is het bijzondere trekkingrecht, zoals dit is omschreven door het Internationale Monetair Fonds. De in de artikelen 6 en 7 genoemde bedragen worden omgerekend in de nationale munteenheid van de Staat, waar de beperking van aansprakelijkheid wordt ingeroepen; de omrekening geschiedt volgens de waarde van die munteenheid op de datum waarop het bevoeringsfonds is gevormd, de betaling is verricht of een volgens de wet van die Staat daaraan gelijkwaardige zekerheid is verstrekt.

Artikel 7 Höchstbeträge für Ansprüche von Reisenden

1. Bei aus demselben Ereignis entstandenen Ansprüchen wegen des Todes oder der Körperverletzung von Reisenden eines Schiffes haftet der Schiffs Eigentümer bis zu einem Betrag von 60 000 Rechnungseinheiten, multipliziert mit der Anzahl der Reisenden, die das Schiff nach dem Schiffszeugnis befördern darf; ist die Anzahl der Reisenden, die das Schiff befördern darf, nicht vorgeschrieben, so bestimmt sich die Haftungsbeschränkung nach der Anzahl der Reisenden, die das Schiff im Zeitpunkt des Ereignisses tatsächlich befördert hat.

Diese Höchstbeträge dürfen 720 000 Rechnungseinheiten nicht unterschreiten und folgende Beträge nicht überschreiten:

- a) für Schiffe mit einer zulässigen Fahrgastzahl bis 100 Personen 3 Millionen Rechnungseinheiten;
- b) für Schiffe mit einer zulässigen Fahrgastzahl bis zu 180 Personen 6 Millionen Rechnungseinheiten;
- c) für Schiffe mit einer zulässigen Fahrgastzahl von über 180 Personen 12 Millionen Rechnungseinheiten.

2. "Ansprüche wegen des Todes oder der Körperverletzung von Reisenden eines Schiffes" im Sinne dieses Artikels bedeutet diejenigen Ansprüche, die durch oder für eine auf diesem Schiff beförderte Person geltend gemacht werden,

- a) die auf Grund eines Beförderungsvertrags für Reisende befördert wird oder
- b) die mit Zustimmung des Beförderers ein Fahrzeug oder lebende Tiere begleitet, die Gegenstand eines Vertrags über die Beförderung von Gütern sind.

Artikel 8 Rechnungseinheit

1. Die in den Artikeln 6 und 7 genannte Rechnungseinheit ist das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds. Die in den Artikeln 6 und 7 genannten Beträge werden in die Landeswährung des Staates umgerechnet, in dem die Beschränkung der Haftung geltend gemacht wird; die Umrechnung erfolgt entsprechend dem Wert der betreffenden Währung im Zeitpunkt der Errichtung des Haftungsfonds, der Zahlung oder der Leistung einer nach dem Recht dieses Staates gleichwertigen Sicherheit.

Article 7 Limites applicables aux créances des passagers

1. Dans le cas des créances résultant de la mort ou de lésions corporelles des passagers d'un bateau et nées d'un même événement, la limite de la responsabilité du propriétaire du bateau est fixée à une somme de 60 000 unités de compte multipliées par le nombre de passagers que le bateau est autorisé à transporter d'après le certificat du bateau ou, si le nombre de passagers que le bateau est autorisé à transporter n'est pas prescrit, cette limitation est fixée par le nombre de passagers effectivement transportés par le bateau au moment de l'événement.

Ces limites ne peuvent pas être inférieures à 720 000 unités de compte ou supérieures aux montants suivants:

- a) 3 millions d'unités de compte pour les bateaux d'une capacité autorisée au transport n'excédant pas 100 passagers;
- b) 6 millions d'unités de compte pour les bateaux d'une capacité autorisée au transport n'excédant pas 180 passagers;
- c) 12 millions d'unités de compte pour les bateaux d'une capacité autorisée au transport supérieure à 180 passagers.

2. Aux fins du présent article, l'expression "créances résultant de la mort ou de lésions corporelles des passagers d'un bateau" signifie toute créance formée par toute personne transportée sur ce bateau ou pour le compte de cette personne:

- a) en vertu d'un contrat de transport de passager, ou
- b) qui, avec le consentement du transporteur, accompagne un véhicule ou des animaux vivants faisant l'objet d'un contrat de transport de marchandises.

Article 8 Unité de compte

1. L'unité de compte visée aux articles 6 et 7 est le Droit de tirage spécial tel que défini par le Fonds monétaire international. Les montants mentionnés aux articles 6 et 7 sont convertis dans la monnaie nationale de l'Etat dans lequel la limitation de responsabilité est invoquée; la conversion s'effectue suivant la valeur de cette monnaie à la date où le fonds aura été constitué, le paiement effectué ou la garantie équivalente fournie conformément à la loi de cet Etat.

2. Der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Landeswährung eines Vertragsstaats wird nach der vom Internationalen Währungsfonds angewendeten Bewertungsmethode errechnet, die an dem betreffenden Tag für seine Operationen und Transaktionen gilt.

3. Die Vertragsstaaten können auf der Grundlage der in Absatz 1 genannten Berechnungsmethode den Gegenwert der in den Artikeln 6 und 7 genannten Beträge in ihrer Landeswährung in abgerundeten Beträgen festsetzen. Weichen die in der Landeswährung festgesetzten Beträge infolge einer Änderung des in Sonderziehungsrechten ausgedrückten Wertes der Landeswährung um mehr als 10 v.H. von dem in den Artikeln 6 und 7 in Sonderziehungsrechten ausgedrückten tatsächlichen Wert ab, so sind die Beträge dem tatsächlichen Wert anzupassen. Die Vertragsstaaten teilen dem Verwahrer die in der Landeswährung ausgedrückten Beträge sowie jede Anpassung dieser Beträge mit.

Article 9

Concours de créances

1. Sans préjudice du paragraphe 2 ci-dessous, les limites de responsabilité déterminées selon l'article 6 s'appliquent à l'ensemble de toutes les créances nées d'un même événement :

- a) à l'égard de la personne ou des personnes visées au paragraphe 2 lettre a) de l'article premier et de toute personne dont les faits, négligences ou fautes entraînent la responsabilité de celle-ci ou de celles-ci;
- b) à l'égard du propriétaire d'un bateau qui fournit des services d'assistance ou de sauvetage à partir de ce bateau et à l'égard de l'assistant ou des assistants agissant à partir dudit bateau et de toute personne dont les faits, négligences ou fautes entraînent la responsabilité de celui-ci ou de ceux-ci;
- c) à l'égard de l'assistant ou des assistants n'agissant pas à partir d'un bateau de navigation intérieure ou d'un navire de mer ou agissant uniquement à bord du bateau auquel des services d'assistance ou de sauvetage sont fournis et de toute personne dont les faits, négligences ou fautes entraînent la responsabilité de celui-ci ou de ceux-ci.

2. De waarde van de nationale munteenheid, uitgedrukt in bijzondere trekkingrechten, van een Staat, die Partij is bij dit Verdrag, wordt berekend overeenkomstig de waardeerings methode die door het Internationale Monetair Fonds op de desbetreffende datum wordt toegepast voor zijn eigen verrichtingen en transacties.

3. De Staten, die Partij zijn bij dit Verdrag, kunnen op grondslag van de in het eerste lid genoemde berekeningsmethode de tegenwaarde van de in de artikelen 6 en 7 genoemde bedragen in hun nationale munteenheid vaststellen in afgeronde bedragen. Wanneer, als gevolg van een verandering van de in de bijzondere trekkingrechten uitgedrukte waarde van de nationale munteenheid, de in die munteenheid uitgedrukte bedragen meer dan 10 ten honderd afwijken van de in de artikelen 6 en 7 in bijzondere trekkingrechten uitgedrukte werkelijke waarde, moeten de bedragen aan de werkelijke waarde worden aangepast. De Staten die Partij zijn bij dit Verdrag, delen aan de depositaris de in hun nationale munteenheid uitgedrukte bedragen mede, alsmede iedere wijziging van die bedragen.

Artikel 9

Samenloop van vorderingen

1. Onverminderd het tweede lid, zijn de overeenkomstig artikel 6 vastgestelde aansprakelijkheidsgrenzen van toepassing op het totaal van alle vorderingen, die voortkomen uit eenzelfde gebeurtenis:

- a) tegen de persoon of de personen, genoemd in artikel 1, tweede lid, letter a), en iedere persoon voor wiens handeling, onachtzaamheid of nalatigheid hij of zij aansprakelijk is of zijn; of
- b) tegen de eigenaar van een schip die hulp verleent vanaf dat schip en tegen de hulpverlener of hulpverleners, die vanaf genoemd schip werkzaamheden verricht of verrichten en iedere persoon, voor wiens handeling, onachtzaamheid of nalatigheid hij of zij aansprakelijk is of zijn; of
- c) tegen de hulpverlener of hulpverleners die niet vanaf een binnenschip of een zeeschip werkzaamheden verricht of verrichten of die uitsluitend werkzaamheden verricht of verrichten aan boord van het schip waaraan hulp wordt verleend en iedere persoon voor wiens handeling, onachtzaamheid of nalatigheid hij of zij aansprakelijk is of zijn.

Artikel 9

Mehrere Ansprüch

1. Unbeschadet des Absatzes 2 gelten die nach Artikel 6 bestimmten Haftungshöchstbeträge für die Gesamtheit der aus demselben Ereignis entstandenen Ansprüche

- a) gegen eine oder mehrere der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a) bezeichneten Personen sowie gegen jeden, für dessen Handeln, Unterlassen oder Verschulden sie haften;
- b) gegen den Eigentümer eines Schiffes, der von diesem aus Bergungs- oder Hilfeleistungsdienste leistet, und gegen von diesem Schiff aus arbeitende Berger oder Retter sowie gegen jeden, für dessen Handeln, Unterlassen oder Verschulden Eigentümer, Berger oder Retter haften, oder
- c) gegen Berger oder Retter, die nicht von einem Binnenschiff oder einem Seeschiff aus arbeiten oder die ausschliesslich auf dem Schiff arbeiten, für das Bergungs- oder Hilfeleistungsdienste geleistet werden, sowie gegen jeden, für dessen Handeln, Unterlassen oder Verschulden Berger oder Retter haften.

2. a) Wordt volgens artikel 6, eerste lid, letter a), onderdeel (iv), het aansprakelijkheidsbedrag voor een duwboot die, op het tijdstip waarop de schade is veroorzaakt, hecht met duwbakken in een duveenheid was gekoppeld, met betrekking tot vorderingen, die voortkomen uit eenzelfde voorval, verhoogd met 100 rekeneenheden per ton laadvermogen van de duwbakken, dan wordt met betrekking tot vorderingen, die voortkomen uit datzelfde voorval, het aansprakelijkheidsbedrag voor iedere duwbak verminderd met 100 rekeneenheden per ton laadvermogen van de duwbak.

b) Wordt volgens artikel 6, eerste lid, letter a), onderdeel (v), het aansprakelijkheidsbedrag voor een schip, voorzien van voortbewegingswerktuigen, dat, op het tijdstip waarop de schade is veroorzaakt, andere hecht met dit schip gekoppelde schepen voortbeweegt, met betrekking tot vorderingen, die voortkomen uit hetzelfde voorval, vermeerderd met 100 rekeneenheden per ton laadvermogen of per kubieke meter waterverplaatsing van de andere met dit schip gekoppelde schepen, dan wordt met betrekking tot vorderingen, die voortkomen uit datzelfde voorval, het aansprakelijkheidsbedrag voor ieder gekoppeld schip verminderd met 100 rekeneenheden per ton laadvermogen of per kubieke meter waterverplaatsing van het gekoppelde schip.

3. De volgens artikel 7 vastgestelde aansprakelijkheidsgrenzen zijn van toepassing op het totaal van alle vorderingen, die voortkomen uit eenzelfde voorval en ingesteld worden tegen de persoon of personen, genoemd in artikel 1, tweede lid, letter a, met betrekking tot het in artikel 7 bedoelde schip en iedere persoon voor wiens handeling, onachtzaamheid of nalatigheid hij of zij aansprakelijk is of zijn.

Artikel 10

Beperking van aansprakelijkheid
zonder vorming van een beperkingsfonds

1. De beperking van aansprakelijkheid kan worden ingeroepen ondanks het feit dat er geen beperkingsfonds, zoals bedoeld in artikel 11, is gevormd. Een Staat, die Partij is bij dit Verdrag, kan echter in zijn nationale wet bepalen dat, wanneer een rechtsvordering wordt ingesteld bij een van zijn Gerechten om betaling te verkrijgen van een voor beperking vatbare vordering, een aansprakelijke persoon zich slechts op het recht op beperking van aansprakelijkheid kan beroepen, indien een beperkingsfonds is gevormd overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag of wordt gevormd wanneer het recht op beperking wordt ingeroepen.

2. a) Erhöht sich nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) Unterabsatz (iv) der Haftungsbeiträge für ein Schubboot, das im Zeitpunkt der Verursachung des Schadens start mit Schubleichtern zu einem Schubverband verbunden war, für die aus dem Ereignis entstandenen Ansprüche um 100 Rechnungseinheiten für jede Tonne der Tragfähigkeit der Schubleichter, so vermindert sich für jeden Schubleichter der Haftungsbeitrag für die aus demselben Ereignis entstandenen Ansprüche um 100 Rechnungseinheiten für jede Tonne der Tragfähigkeit des Schubleichters.

b) Erhöht sich nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) Unterabsatz (v) der Haftungsbeitrag für ein Schiff mit eigener Antriebskraft, das im Zeitpunkt der Verursachung des Schadens andere mit diesem Schiff fest gekoppelte Schiffe fortbewegt, für die aus dem Ereignis entstandenen Ansprüche um 100 Rechnungseinheiten für jede Tonne der Tragfähigkeit oder für jeden Kubikmeter der Wasserverdrängung der fest gekoppelten Schiffe, so vermindert sich für jedes fest gekoppelte Schiff der Haftungsbeitrag für die aus demselben Ereignis entstandenen Ansprüche um 100 Rechnungseinheiten für jede Tonne der Tragfähigkeit oder für jeden Kubikmeter der Wasserverdrängung des fest gekoppelten Schiffes.

3. Die nach Artikel 7 bestimmten Haftungsbeiträge gelten für die Gesamtheit der Ansprüche, die sich aus demselben Ereignis gegen eine oder mehrere der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a) bezeichneten Personen hinsichtlich des in Artikel 7 genannten Schiffes sowie gegen jeden ergeben, für dessen Handeln, Unterlassen oder Verschulden sie haften.

Artikel 10

Haftungsbeschränkung ohne
Errichtung eines Haftungsfonds

1. Eine Beschränkung der Haftung kann auch dann geltend gemacht werden, wenn ein Haftungsfonds im Sinne des Artikels 11 nicht errichtet worden ist. Ein Vertragsstaat kann jedoch in seinem innerstaatlichen Recht für den Fall, dass vor seinen Gerichten eine Klage zwecks Durchsetzung eines der Beschränkung unterliegenden Anspruchs erhoben wird, bestimmen, dass ein Haftpflichtiger das Recht auf Beschränkung der Haftung nur geltend machen darf, wenn ein Haftungsfonds nach diesem Übereinkommen errichtet worden ist oder bei Geltendmachung des Rechts auf Beschränkung der Haftung errichtet wird.

2. a) Lorsque, conformément à l'article 6 paragraphe 1 lettre a) alinéa (iv), le montant de responsabilité pour un pousseur qui, au moment où le dommage a été causé, était accouplé avec des barges en convoi poussé, est majoré, à l'égard des créances nées de l'événement, de 100 unités de compte par tonne de port en lourd des barges poussées, le montant de responsabilité de chacune des barges est réduit, à l'égard des créances nées de ce même événement, de 100 unités de compte pour chaque tonne de port en lourd de la barge poussée.

b) Lorsque, conformément à l'article 6 paragraphe 1 lettre a) alinéa (v), le montant de responsabilité pour un bateau muni de moyens mécaniques de propulsion qui, au moment où le dommage a été causé, assure la propulsion d'autres bateaux accouplés à ce bateau, est majoré, à l'égard des créances nées de l'événement, de 100 unités de compte par tonne de port en lourd ou par mètre cube de déplacement d'eau des bateaux accouplés, le montant de responsabilité pour chaque bateau accouplé est réduit, à l'égard des créances nées de ce même événement, de 100 unités de compte pour chaque tonne de port en lourd ou pour chaque mètre cube de déplacement d'eau du bateau accouplé.

3. Les limites de la responsabilité déterminées selon l'article 7 s'appliquent à l'ensemble de toutes les créances nées d'un même événement à l'égard de la personne ou des personnes visées au paragraphe 2 lettre a) de l'article premier s'agissant du bateau auquel il est fait référence à l'article 7 et de toute personne dont les faits, négligences ou fautes entraînent la responsabilité de celle-ci ou de celles-ci.

Article 10

Limitation de la responsabilité sans
constitution d'un fonds de limitation

1. La limitation de la responsabilité peut être invoquée même si le fonds de limitation visé à l'article 11 n'a pas été constitué. Toutefois, un Etat Partie peut stipuler dans sa législation nationale que lorsqu'une action est intentée devant ses tribunaux pour obtenir le paiement d'une créance soumise à limitation, une personne responsable ne peut invoquer le droit de limiter sa responsabilité que si un fonds de limitation a été constitué conformément aux dispositions de la présente Convention ou est constitué lorsque le droit de limiter la responsabilité est invoqué.

2. Indien beperking van aansprakelijkheid wordt ingeroepen zonder de vorming van een beperkingsfonds, zijn de bepalingen van artikel 12 van overeenkomstige toepassing.
3. Vragen van procesrecht met het oog op de toepassing van dit artikel worden beheerst door de nationale wet van de Staat, die Partij is bij dit Verdrag en waar de rechtsvoordringing wordt ingesteld.

HOOFDSTUK III

Het beperkingsfonds

Artikel 11

Vorming van het fonds

1. Iedere persoon, die aansprakelijk gehouden wordt, kan een fonds vormen bij het Gerecht of iedere andere bevoegde autoriteit in elke bij dit Verdrag Partij zijnde Staat, waarin een rechtsgeding ahangig wordt gemaakt met betrekking tot een voor beperking vatbare vordering, of, indien geen rechtsgeding ahangig wordt gemaakt, bij het bevoegde Gerecht of iedere andere bevoegde autoriteit in elke bij dit Verdrag Partij zijnde Staat, waarin een rechtsgeding ahangig kan worden gemaakt met betrekking tot een voor beperking vatbare vordering. Het fonds moet gevormd worden ten belope van de in de artikelen 6 en 7 genoemde bedragen die van toepassing zijn op de Vorderingen, waarvoor de persoon die het fonds vormt, aansprakelijk kan zijn, vermeerderd met de rente daarover te rekenen vanaf de datum van de gebeurtenis die tot de aansprakelijkheid heeft geleid, tot aan de datum waarop het fonds wordt gevormd. Elk aldus gevormd fonds is uitsluitend bestemd voor de voldoening van Vorderingen met betrekking waartoe beperking van aansprakelijkheid kan worden ingeroepen.
2. Een fonds kan worden gevormd, hetzij door het storten van de geldsom, hetzij door het stellen van een garantie die aanvaardbaar is volgens de wetgeving van de bij dit Verdrag Partij zijnde Staat waar het fonds wordt gevormd en die door het Gerecht of door iedere andere bevoegde autoriteit voldoende wordt geacht.
3. Een fonds dat is gevormd door een van de personen, genoemd in het eerste lid, letters a), b) of c), of in het derde lid van artikel 9, dan wel door zijn verzekeraar, wordt geacht te zijn gevormd door alle in het eerste lid letters a), b) of c), of in het derde lid van artikel 9 genoemde personen.

2. Wird Haftungsbekürnkung ohne Errichtung eines Haftungsfonds geltend gemacht, so ist Artikel 12 entsprechend anzuwenden.
3. Das Verfahren für die Anwendung dieses Artikels richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dem die Klage erhoben wird.

KAPITEL III

Haftungsfonds

Artikel 11

Errichtung des Fonds

1. Derjenige, der haftbar gemacht wird, kann bei dem zuständigen Gericht oder einer sonst zuständigen Behörde eines Vertragsstaats, in dem ein gerichtliches Verfahren wegen eines der Beschränkung unterliegenden Anspruchs eingeleitet wird, oder, falls kein gerichtliches Verfahren eingeleitet wird, bei dem zuständigen Gericht oder einer sonst zuständigen Behörde eines Vertragsstaats, in dem ein gerichtliches Verfahren wegen eines der Beschränkung unterliegenden Anspruchs eingeleitet werden kann, einen Fonds errichten. Der Fonds ist in Höhe derjenigen in den Artikeln 6 und 7 angeführten Beträge zu errichten, die für Ansprüche gelten, bezüglich deren eine Haftung desjenigen, der den Fonds errichtet, in Betracht kommt, zuzüglich Zinsen vom Zeitpunkt des zur Haftung führenden Ereignisses bis zum Zeitpunkt der Errichtung des Fonds. Dieser Fonds steht zur Befriedigung nur der Ansprüche zur Verfügung, für die eine Beschränkung der Haftung geltend gemacht werden kann.
2. Ein Fonds kann entweder durch Hinterlegung des Betrags oder durch Leistung einer Sicherheit errichtet werden, die nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem der Fonds errichtet wird, annehmbar ist und die vom Gericht oder der sonst zuständigen Behörde als angemessen erachtet wird.
3. Ein Fonds, der von einer in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a), b) oder c) oder Absatz 3 angeführten Person oder ihrem Versicherer errichtet worden ist, gilt als von allen in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a), b) oder c) oder Absatz 3 angeführten Personen errichtet.

2. Si la limitation de la responsabilité est invoquée sans constitution d'un fonds de limitation, les dispositions de l'article 12 s'appliquent.
3. Les règles de procédure en vue de l'application du présent article sont régies par la législation nationale de l'Etat Partie dans lequel l'action est intentée.

CHAPITRE III

Le fonds de limitation

Article 11

Constitution du fonds

1. Toute personne dont la responsabilité peut être mise en cause peut constituer un fonds auprès du tribunal compétent ou de toute autre autorité compétente de tout Etat Partie dans lequel une action est engagée pour une créance soumise à limitation, ou, si aucune action n'est engagée, auprès du tribunal compétent ou de toute autre autorité compétente de tout Etat Partie dans lequel une action peut être engagée pour une créance soumise à limitation. Le fonds doit être constitué à concurrence du montant tel que calculé selon les dispositions des articles 6 et 7 applicables aux créances dont la personne qui constitue le fonds peut être responsable, augmenté des intérêts courus depuis la date de l'événement donnant naissance à la responsabilité jusqu'à celle de la constitution du fonds. Tout fonds ainsi constitué n'est disponible que pour payer les créances à l'égard desquelles la limitation de la responsabilité peut être invoquée.
2. Un fonds peut être constitué, soit en consignation la somme, soit en fournissant une garantie acceptable en vertu de la législation de l'Etat Partie dans lequel le fonds est constitué et considérée comme adéquate par le tribunal ou toute autre autorité compétente.
3. Un fonds constitué par l'une des personnes mentionnées aux lettres a), b) ou c) du paragraphe 1 ou au paragraphe 3 de l'article 9, ou par son assureur, est réputé constitué par toutes les personnes visées aux lettres a), b) ou c) du paragraphe 1 ou au paragraphe 3 de l'article 9.

Artikel 12
Verdeling van het fonds

1. Behoudens artikel 6, eerste en tweede lid, en artikel 7, wordt het fonds verdeeld onder de schuldeisers in evenredigheid met de bedragen van hun erkende vorderingen op het fonds.
2. Indien vóór de verdeling van het fonds de aansprakelijke persoon of zijn verzekeraar een vordering op het fonds heeft voldaan, treedt deze persoon bij wijze van subrogatie tot het bedrag dat hij heeft betaald in de rechten, die de door hem schadeloos gestelde persoon op grond van dit Verdrag zou hebben gehad.
3. Het recht van subrogatie, bedoeld in het tweede lid, kan ook worden uitgeoefend door andere dan de daarin genoemde personen met betrekking tot elk bedrag aan vergoeding, dat zij mochten hebben betaald, maar alleen voor zover die subrogatie is geoorloofd volgens de toepasselijke nationale wet.
4. Wanneer de aansprakelijke persoon of enige andere persoon aantoonbaar dat hij gedwongen zou kunnen worden op een later tijdstip een zodanig bedrag aan vergoeding te betalen ter zake waarvan hij, indien de vergoeding zou zijn betaald vóór de verdeling van het fonds, ingevolge het tweede en derde lid bij wege van subrogatie rechten zou hebben verkregen, dan kan het Gerecht of iedere andere bevoegde autoriteit van de Staat waar het fonds is gevormd, bevelen dat voorlopig een bedrag terzijde wordt gesteld dat voldoende is om het deze persoon mogelijk te maken op een later tijdstip zijn rechten tegen het fonds geldend te maken.

Artikel 12
Verteilung des Fonds

1. Vorbehaltlich des Artikels 6 Absätze 1 und 2 und des Artikels 7 wird der Fonds unter die Gläubiger im Verhältnis der Höhe ihrer festgestellten Ansprüche gegen den Fonds verteilt.
2. Hat der Haftpflichtige oder sein Versicherer vor der Verteilung des Fonds einen Anspruch gegen den Fonds befriedigt, so tritt er bis zur Höhe des gezahlten Betrags in die Rechte ein, die dem so Entschädigten auf Grund dieses Übereinkommens zugestanden hätten.
3. Das in Absatz 2 vorgesehene Eintrittsrecht kann auch von anderen als den darin genannten Personen für von ihnen gezahlte Entschädigungsbeträge ausgeübt werden, jedoch nur, soweit ein derartiger Eintritt nach dem anzuwendenden innerstaatlichen Recht zulässig ist.
4. Weist der Haftpflichtige oder ein anderer nach, dass er gezwungen sein könnte, einen solchen Entschädigungsbetrag, für den ihm ein Eintrittsrecht nach den Absätzen 2 und 3 zugestanden hätte, wenn die Entschädigung vor Verteilung des Fonds gezahlt worden wäre, zu einem späteren Zeitpunkt zu zahlen, so kann das Gericht oder die sonst zuständige Behörde des Staates, in dem der Fonds errichtet worden ist, anordnen, dass ein ausreichender Betrag vorläufig zurückbehalten wird, um dem Betroffenen zu ermöglichen, zu dem späteren Zeitpunkt seinen Anspruch gegen den Fonds geltend zu machen.

Article 12
Répartition du Fonds

1. Sous réserve des dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'article 6 et de celles de l'article 7, le fonds est réparti entre les créanciers, proportionnellement au montant de leurs créances reconnues contre le fonds.
2. Si, avant la répartition du fonds, la personne responsable, ou son assureur, a réglé une créance contre le fonds, cette personne est subrogée jusqu'à concurrence du montant qu'elle a réglé, dans les droits dont le bénéficiaire de ce règlement aurait joui en vertu de la présente Convention.
3. Le droit de subrogation prévu au paragraphe 2 peut aussi être exercé par des personnes autres que celles ci-dessus mentionnées, pour toute somme qu'elles auraient versée à titre de réparation, mais seulement dans la mesure où une telle subrogation est autorisée par la loi nationale applicable.
4. Si la personne responsable ou toute autre personne établit qu'elle pourrait être ultérieurement contrainte de verser à titre de réparation une somme pour laquelle elle aurait joui d'un droit de subrogation en application des paragraphes 2 et 3 si cette somme avait été versée avant la distribution du fonds, le tribunal ou toute autre autorité compétente de l'Etat dans lequel le fonds est constitué peut ordonner qu'une somme suffisante soit provisoirement réservée pour permettre à cette personne de faire valoir ultérieurement ses droits contre le fonds.

Artikel 13
Gronden voor niet-ontvankelijkheid

1. Wanneer een beperkingsfonds is gevormd overeenkomstig artikel 11, is het een persoon die een vordering tegen het fonds heeft ingediend niet toegestaan om enig recht met betrekking tot een zodanige vordering uit te oefenen ten aanzien van enige andere activa van een persoon door of namens wie het fonds is gevormd.
2. Nadat een fonds is gevormd overeenkomstig artikel 11, moet elk schip of moeten andere eigendommen van een persoon ten bate van wie het fonds is gevormd, waarop binnen het rechtsgebied van een Staat, die Partij is bij dit Verdrag, beslag is gelegd ter zake van een vordering die tegen het fonds kan worden ingesteld, of enige gestelde zekerheid worden vrijgegeven op bevel van het Gerecht of iedere andere bevoegde autoriteit van die Staat.

Artikel 13
Ausschluss anderer Klagen

1. Ist ein Haftungsfonds nach Artikel 11 errichtet worden, so kann derjenige, der einen Anspruch gegen den Fonds geltend gemacht hat, für diesen Anspruch kein Recht mehr gegen das sonstige Vermögen einer Person geltend machen, durch oder für die der Fonds errichtet worden ist.
2. Nach der Errichtung eines Fonds nach Artikel 11 ist ein Schiff oder sonstiges Vermögen, das einer Person gehört, für die der Fonds errichtet worden ist, und das im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats wegen eines möglichen Anspruchs gegen den Fonds mit Arrest belegt worden ist, sowie eine geleistete Sicherheit auf Anordnung des Gerichts oder der sonst zuständigen Behörde dieses Staates freizugeben.

Article 13

Fin de non-recevoir

1. Si un fonds de limitation a été constitué conformément à l'article 11, aucune personne ayant produit une créance contre le fonds ne peut être admise à exercer des droits relatifs à cette créance sur d'autres biens d'une personne par qui ou au nom de laquelle le fonds a été constitué.
2. Après constitution d'un fonds conformément à l'article 11, tout bateau ou tout autre bien appartenant à une personne au profit de laquelle le fonds a été constitué, qui a fait l'objet d'une saisie dans la juridiction d'un Etat Partie pour une créance qui peut être opposée au fonds, ainsi que toute garantie fournie doit faire l'objet d'une mainlevée ordonnée par le tribunal ou toute autre autorité compétente de cet Etat.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent que si le créancier peut produire une créance contre le fonds devant le tribunal administrant ce fonds et si ce dernier est effectivement disponible et librement transférable en ce qui concerne cette créance.

Article 14

Loi applicable

Sous réserve des dispositions du présent chapitre, les règles relatives à la constitution et à la répartition d'un fonds de limitation ainsi que toutes règles de procédure y relatives, sont régies par la loi de l'Etat Partie dans lequel le fonds est constitué.

CHAPITRE IV

Champ d'application

Article 15

1. La présente Convention s'applique à la limitation de la responsabilité du propriétaire d'un bateau ou d'un assistant lorsqu'au moment de l'événement donnant naissance aux créances,

- le bateau a navigué sur les voies d'eau soumises au régime de la Convention Révisée pour la navigation du Rhin du 17 octobre 1868 ou à celui de la Convention du 27 octobre 1956 au sujet de la canalisation de la Moselle, ou
- des opérations d'assistance ou de sauvetage ont été fournies dans l'étendue d'une desdites voies d'eau à un bateau se trouvant en danger ou à la cargaison d'un tel bateau ou
- un bateau coulé, naufragé, échoué ou abandonné dans l'étendue d'une desdites voies d'eau ou la cargaison d'un tel bateau a été renfloué, enlevé, détruit ou rendu inoffensif.

Cette Convention s'applique aussi à la limitation de la responsabilité d'un assistant fournissant des services d'assistance d'un bateau de navigation intérieure à un navire de mer en danger dans l'étendue d'une desdites voies d'eau ou à la cargaison d'un tel navire.

2. Tout Etat peut lors de la signature, de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion ou à tout moment postérieur déclarer au moyen d'une notification adressée au dépositaire que la présente Convention est aussi applicable à d'autres voies d'eau que celles mentionnées au paragraphe 1 à condition que celles-ci soient situées sur le territoire de cet Etat.

3. Die Absätze 1 und 2 gelten nur, wenn der Gläubiger einen Anspruch gegen den Fonds vor dem Gericht geltend machen kann, das den Fonds verwaltet, und wenn der Fonds für den Anspruch tatsächlich zur Verfügung steht und frei transferierbar ist.

Artikel 14

Anzuwendendes Recht

Vorbehaltlich dieses Kapitels richten sich die Errichtung und die Verteilung eines Haftungsfonds sowie das gesamte damit zusammenhängende Verfahren nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem der Fonds errichtet wird.

KAPITEL IV

Anwendungsbereich

Artikel 15

1. Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf die Beschränkung der Haftung des Eigentümers eines Schiffes oder des Bergers oder Retters, wenn im Zeitpunkt des Ereignisses, aus dem die Ansprüche entstanden sind,

- das Schiff eine Wasserstrasse befahren hat, die der Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 oder dem Vertrag vom 27. Oktober 1956 über die Schiffbarmachung der Mosel unterliegt, oder
- Bergungs- oder Hilfeleistungsarbeiten für ein im Bereich einer solchen Wasserstrasse in Gefahr befindliches Schiff oder für die Ladung eines solchen Schiffes geleistet worden sind oder
- ein im Bereich einer solchen Wasserstrasse gesunkenes, havariertes, festgefahrenes oder verlassenes Schiff oder die Ladung eines solchen Schiffes gehoben, beseitigt, vernichtet oder unschädlich gemacht worden ist.

Dieses Übereinkommen findet auch Anwendung auf die Beschränkung der Haftung eines Bergers oder Retters, der von einem Binnenschiff aus Bergungs- oder Hilfeleistungsarbeiten für ein im Bereich einer solchen Wasserstrasse in Gefahr befindliches Seeschiff oder für die Ladung eines solchen Seeschiffes leistet.

2. Jeder Staat kann bei Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigung-, oder Beitrittsurkunde oder zu einem späteren Zeitpunkt durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation erklären, dass dieses Übereinkommen auch für andere als die in Absatz 1 genannten Wasserstrassen gilt, sofern diese im Hoheits-

3. Het eerste en tweede lid zijn alleen van toepassing, indien de schuldeiser een vordering tegen het fonds kan indienen bij het Gerecht dat het fonds beheert en indien het fonds werkelijk beschikbaar en vrij overdraagbaar is met betrekking tot die vordering.

Artikel 14

De coöpasselijke wet

Behoudens de bepalingen van dit hoofdstuk worden de regels betreffende de vorming en de verdeling van een beperkingsfonds, alsmede alle daarmee verband houdende procedureregels beheerst door de wet van de Staat, die Partij is bij dit Verdrag en waarin het fonds wordt gevormd.

HOOFDSTUK IV

Toepassingsgebied

Artikel 15

1. Dit Verdrag is van toepassing op de beperking van de aansprakelijkheid van de eigenaar van een schip of van een hulpverlener, wanneer op het tijdstip van de gebeurtenis waaruit de vorderingen zijn voortgekomen:

- het schip op waterwegen heeft gevaren die onderworpen zijn aan het regime van de Herzienne Rijnvaartakte van 17 oktober 1868 of aan dat van het Verdrag van 27 oktober 1956 betreffende de bevaarbaar-making van de Moesel, of
- hulpverleningswerkzaamheden zijn verricht binnen het gebied van een van de bedoelde waterwegen aan een in gevaar verkerend schip of aan de lading van zulk een schip, of
- een binnen het gebied van een van de bedoelde waterwegen gezonken, vergaan, gestrand of verlaten schip of de lading van zulk schip vloggebracht, verwijderd, vernietigd of onschadelijk gemaakt is.

Dit Verdrag is ook van toepassing op de beperking van aansprakelijkheid van een hulpverlener die vanaf een binnenschip hulpverleningsdiensten verleent aan een zeeschip dat in het gebied van een van de bedoelde waterwegen in gevaar verkeert of aan de lading van zulk schip.

2. Iedere Staat kan op het moment van ondertekening of van bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring of toetreding of op enig later tijdstip door middel van een kennisgeving aan de depositaris verklaren dat dit Verdrag ook van toepassing is op andere waterwegen dan die genoemd in het eerste lid voor zover zij binnen het grondgebied van deze Staat zijn

gelezen.

Dit Verdrag treedt in werking voor de in de kennisgeving genoemde waterwegen op de eerste dag van de maand na het verstrijken van een periode van drie maanden na ontvangst van de kennisgeving, of, indien het Verdrag nog niet in werking is getreden, op het tijdstip van zijn inwerkingtreding.

3. Iedere Staat, die een verklaring heeft afgelegd overeenkomstig het tweede lid, kan deze verklaring op ieder moment intrekken door een aan de depositaris gerichte verklaring. De intrekking wordt van kracht op de eerste dag van de maand na het verstrijken van een jaar na ontvangst van de kennisgeving of op een in de verklaring genoemde latere datum.

HOOFDSTUK V

Slotbepalingen

Artikel 16

Ondertekening, bekrachtiging en toetreding

1. Dit Verdrag staat van tot open voor ondertekening door de Staten die Partij zijn bij de Herzienne Rijnsverdragen van 17 oktober 1868 en door Luxemburg bij de zitting van de Centrale Commissie voor de Rijnvaart te Straatsburg en blijft daarna openstaan voor toetreding.

2. Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd, aanvaard of goedgekeurd door de Staten die het hebben ondertekend.

3. Andere dan de in het eerste lid bedoelde Staten, die een rechtstreekse vaarverbinding hebben met de in het eerste lid van artikel 15 genoemde waterwegen, kunnen bij een stemmig genomen besluit van de Staten voor wie dit Verdrag in werking is getreden, worden uitgenodigd toe te treden. De depositaris roept de in de eerste volzin bedoelde Staten bijeen om een besluit te nemen over de uitnodiging. Het besluit bevat de aanpassingen van dit Verdrag die nodig zijn in geval van toetreding door de uit te nodigen Staat, in het bijzonder met betrekking tot de omrekening van de aansprakelijkheidsbedragen in de nationale munteenheid van een Staat die geen lid is van het Internationale Monetair Fonds.

Het besluit treedt in werking wanneer alle Staten, die Partij zijn bij dit Verdrag en die genoemd zijn in de eerste volzin, van hun aanvaarding van het besluit kennis hebben gegeven aan de Secretaris-Generaal van de Centrale Commissie voor de Rijnvaart. Een aldus uitgenodigde Staat kan tot het Verdrag toetreden zoals het door het besluit is gewijzigd.

4. De bekrachtiging, aanvaarding, goeukeuring of toetreding geschiedt door de nederlegging van een officiële akte bij de Secretaris-Generaal van de Centrale Commissie voor de Rijnvaart.

Dieses Übereinkommen wird für die in der Notifikation genannten Wasserstrassen am ersten Tag des Monats, der auf den Ablauf von drei Monaten nach Eingang der Notifikation folgt, oder, wenn dieses Übereinkommen noch nicht in Kraft getreten ist, mit seinem Inkrafttreten wirksam.

3. Jeder Staat, der eine Erklärung nach Absatz 2 abgegeben hat, kann diese Erklärung jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation zurücknehmen. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats, der auf den Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt des Eingangs der Notifikation folgt, oder zu einem späteren in der Erklärung bestimmten Zeitpunkt wirksam.

KAPITEL V

Schlussbestimmungen

Artikel 16

Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt

1. Dieses Übereinkommen liegt vom bis am Sitz der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt in Strassburg für alle Vertragsparteien der Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 und für das Grossherzogtum Luxemburg zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

2. Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Staaten, die es unterzeichnet haben.

3. Andere als die in Absatz 1 genannten Staaten, die eine direkte schiffbare Verbindung zu den in Artikel 15 Absatz 1 genannten Wasserstrassen haben, können durch einstimmigen Beschluss der Staaten, für die dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, zum Beitritt eingeladen werden. Der Verwahrer beruft die in Satz 1 genannten Vertragsparteien zur Beschlussfassung über die Einladung ein. Der Beschluss enthält die im Falle des Beitritts des einzuladenden Staates erforderlichen Anpassungen dieses Übereinkommens, insbesondere hinsichtlich der Umrechnung der Haftungsbeträge in die Landeswährung eines Staates, der nicht Mitgliedstaat des Internationalen Währungsfonds ist. Der Beschluss tritt in Kraft, wenn jede der in Satz 1 genannten Vertragsparteien dieses Übereinkommens den Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt von der Annahme des Beschlusses in Kenntnis gesetzt hat. Jeder so eingeladene Staat kann dem Übereinkommen in der durch den Beschluss angepassten Fassung beitreten.

4. Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer förmlichen Urkunde beim Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt.

La présente Convention prend effet, pour les voies d'eau mentionnées dans la notification, le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de 3 mois suivant la réception de la notification ou, si la présente Convention n'est pas encore entrée en vigueur, avec son entrée en vigueur.

3. Tout Etat qui a fait une déclaration en vertu du précédent paragraphe 2 peut la retirer à tout moment au moyen d'une notification adressée au depositaire. Le retrait prend effet le premier jour du mois suivant l'expiration d'une année à compter de la date à laquelle la notification est reçue ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait être spécifiée.

CHAPITRE V

Clauses finales

Article 16

Signature, ratification et adhésion

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tous les Etats Parties de la Convention Révisée pour la Navigation du Rhin du 17 octobre 1868 et du Grand-Duché du Luxembourg au au siège de la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin à Strasbourg et reste ensuite ouverte à l'adhésion.

2. La présente Convention est soumise à la ratification, l'acceptation ou l'approbation de tous les Etats qui l'ont signée.

3. Les Etats autres que ceux visés au paragraphe 1, disposant d'une liaison navigable directe avec les voies d'eau visées au paragraphe 1 de l'article 15, peuvent, par décision unanime des Etats à l'égard desquels la présente Convention est entrée en vigueur, être invités à adhérer. Le depositaire convoque les Etats Parties mentionnés à la première phrase pour se prononcer sur la décision d'invitation. La décision comporte les adaptations de la présente Convention nécessaires en cas d'adhésion de l'Etat à inviter, en particulier au regard de la conversion des montants de responsabilité dans la monnaie nationale d'un Etat, qui n'est pas membre du Fonds monétaire international. La décision entre en vigueur lorsque toutes les Parties à la présente Convention mentionnées à la première phrase auront notifié l'acceptation de la décision au Secrétaire Général de la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin. Tout Etat ainsi invité peut adhérer à la Convention telle qu'elle sera modifiée par la décision.

4. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument en borne et due forme auprès du Secrétaire Général de la Commission Centrale pour

Article 17

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du mois suivant l'expiration d'une période de trois mois à compter de la date à laquelle trois Etats mentionnés au paragraphe 1 de l'article 16 auront déposé l'instrument nécessaire à la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion.

2. Pour un Etat qui dépose un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion après que les conditions régissant son entrée en vigueur ont été remplies, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois suivant l'expiration d'une période de trois mois à compter de la date à laquelle cet Etat a déposé son instrument.

Article 18

Réserves

1. Tout Etat peut, lors de la signature, de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion ainsi que, pour une réserve visée à la lettre b), à tout moment ultérieur, réserver le droit d'exclure l'application des règles de la présente Convention en totalité ou en partie

a) aux créances pour dommages dus au changement de la qualité physique, chimique ou biologique de l'eau;

b) aux créances pour dommages causés au cours du transport de matières dangereuses par ces derniers et qui sont régies par une Convention internationale ou une loi nationale qui exclut la limitation de responsabilité ou fixe des limites de responsabilité plus élevées que celles prévues dans la présente Convention;

c) aux créances visées aux lettres d) et e) du paragraphe premier de l'article 2;

d) aux bateaux de sport et de plaisance ainsi qu'aux bateaux qui ne sont pas employés dans la navigation à des fins lucratives;

e) aux allèges exclusivement employés dans les ports pour les transbordements.

Article 17

Inkrafttreten

1. Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Ablauf von drei Monaten nach dem Zeitpunkt folgt, zu dem drei der in Artikel 16 Absatz 1 genannten Staaten die erforderliche Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

2. Für einen Staat, der nach Erfüllung des Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Übereinkommens eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Ablauf von drei Monaten nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Urkunde folgt.

Article 18

Vorbehalte

1. Jeder Staat kann sich im Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifikation, der Annahme oder des Beitritts und, im Falle eines Vorbehalts nach Buchstabe b), auch in einem späteren Zeitpunkt das Recht vorbehalten, die Bestimmungen dieses Übereinkommens ganz oder teilweise nicht anzuwenden auf

a) Ansprüche wegen Schäden, die durch eine Änderung der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Wassers verursacht werden;

b) Ansprüche wegen Schäden, die bei der Beförderung gefährlicher Güter durch diese Güter verursacht werden und die unter ein internationales Übereinkommen oder innerstaatliche Vorschriften fallen, welche die Haftungsbeschränkung ausschliessen oder höhere als die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Haftungshöchstbeträge festsetzen;

c) Ansprüche nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben d) und e);

d) Sport- und Vergnügungsschiffe sowie Schiffe, deren Verwendung zur Schifffahrt nicht des Erwerbes wegen erfolgt;

e) Leichter, die nur zum Umladen in Häfen verwendet werden.

Artikel 17

Inwerkingtreding

1. Dit Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de maand na het verstrijken van een periode van drie maanden, te rekenen van de datum waarop drie in het eerste lid van artikel 16 genoemde Staten de benodigde akten van bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring of toetreding hebben nedergelegd.

2. Voor een Staat, die nadat de voorwaarden voor het in werking treden van dit Verdrag zijn vervuld, een akte van bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring of toetreding nederlegt, treedt het Verdrag in werking op de eerste dag van de maand die volgt na het verstrijken van een periode van drie maanden, te rekenen vanaf de datum waarop de nederlegging van zijn akte heeft plaats gevonden.

Artikel 18

Voorbehouden

1. Elke Staat kan, op het tijdstip van ondertekening, bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring of toetreding, en, in geval van een reserve als bedoeld onder letter b), op elk later tijdstip zich het recht voorbehouden de toepassing van de regels van het Verdrag geheel of gedeeltelijk uit te sluiten ten aanzien van

a) vorderingen voor schade, veroorzaakt door de fysische, chemische of biologische kwaliteit van het water;

b) vorderingen voor schade, veroorzaakt bij het vervoer van gevaarlijke stoffen door die stoffen, en waarop een internationaal Verdrag of nationale wet van toepassing is die beperking van aansprakelijkheid uitsluit of hogere aansprakelijkheidsgrenzen dan in dit Verdrag voorzien vaststelt;

c) vorderingen bedoeld in artikel 2, eerste lid, letters d) en e);

d) sportboten en pleziervaartuigen alsmede vaartuigen die niet worden gebruikt voor de bedrijfsmatige scheepvaart;

e) lichters die uitsluitend worden gebruikt voor het overslaan van goederen in havens.

2. Tout Etat peut, lors de la signature, de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion, déclarer qu'il n'appliquera pas aux créances résultant d'un événement survenu sur ses voies d'eau, les limites maximales de responsabilité de 3 ou 6 millions d'unités de compte prévues à l'article 7 paragraphe 1 deuxième phrase, lettres a) et b).

3. Des réserves faites lors de la signature doivent être confirmées lors de la ratification, de l'acceptation ou de l'approbation.

4. Tout Etat qui a formulé une réserve à l'égard de la présente Convention peut la retirer à tout moment au moyen d'une notification adressée au dépositaire. Le retrait prend effet à la date à laquelle la notification est reçue ou à une date postérieure spécifiée dans la notification.

Article 19

Dénonciation

1. La présente Convention peut être dénoncée par l'une quelconque des Parties Contractantes par notification adressée au dépositaire, à tout moment, un an après la date à laquelle la Convention entre en vigueur à l'égard de cette Partie.

2. La dénonciation prend effet le premier jour du mois suivant l'expiration d'une année à compter de la date à laquelle la notification est reçue ou à l'expiration de toute période plus longue qui pourrait y être spécifiée.

Article 20 *)

Révision des montants de limitation

1. A la demande d'un Etat Partie à la présente Convention le dépositaire convoquera une Conférence de tous les Etats Contractants pour délibérer sur la révision des montants de limitation prévus aux articles 6 et 7 ou le remplacement de l'unité visée à l'article 8 de la présente Convention.

2. La décision de réviser les montants de limitation prévus aux articles 6 et 7 ou de remplacer les unités de compte visées à l'article 8, est prise à la majorité des deux tiers des Etats Contractants présents et votants au moment du vote, comprenant une majorité des deux tiers des Etats mentionnés à l'article 16 paragraphe 1, pour lesquels la présente Convention est entrée en vigueur.

*) La Délégation allemande estime nécessaire de compléter l'article 20 par des dispositions telles que celles reproduites dans le document joint du 4 mai 1988.

2. Jeder Staat kann im Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifikation, der Annahme, oder des Beitritts erklären, dass er für Ansprüche aus einem Ereignis, das auf seinen Wasserstrassen eingetreten ist, die in Artikel 7 Absatz 1 Satz 2 Buchstaben a) und b) genannten Haftungshöchstbeträge nicht anwenden wird.

3. Vorbehalte, die im Zeitpunkt der Unterzeichnung notifiziert werden, bedürfen der Bestätigung bei der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung.

4. Jeder Staat, der einen Vorbehalt gemacht hat, kann ihn jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation zurücknehmen. Die Rücknahme wird im Zeitpunkt des Eingangs der Notifikation oder zu einem darin genannten späteren Zeitpunkt wirksam.

Artikel 19

Kündigung

1. Dieses Übereinkommen kann von einer Vertragspartei jederzeit nach Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen für den betreffenden Staat in Kraft getreten ist, durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation gekündigt werden.

2. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats, der auf den Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt des Eingangs der Notifikation folgt, oder zu einem späteren in der Erklärung bestimmten Zeitpunkt wirksam.

Artikel 20 *)

Revision der Haftungshöchstbeträge

1. Auf Antrag eines Vertragsstaats dieses Übereinkommens beruft der Verwahrer eine Konferenz aller Vertragsstaaten zur Beratung über die Revision der nach den Artikeln 6 und 7 vorgesehenen Haftungshöchstbeträge oder zur Änderung der in Artikel 8 dieses Übereinkommens bezeichneten Rechnungseinheit ein.

2. Der Beschluss, die in den Artikeln 6 und 7 vorgesehenen Haftungshöchstbeträge zu ändern oder die in Artikel 8 bezeichnete Rechnungseinheit durch eine andere Einheit zu ersetzen, wird mit Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten, die anwesend sind und abstimmen, einschliesslich einer Zweidrittelmehrheit der in Artikel 16 Absatz 1 genannten Staaten, für die dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, gefasst.

*) Die deutsche Delegation hält es für erforderlich, den Artikel 20 des Entwurfs im Sinne des in dem beigefügten Dokument vom 4. Mai 1988 wiedergegebenen Vorschlages zu ergänzen.

2. Elke Staat kan, op het tijdstip van ondertekening, bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring of toetreding, verklaren dat hij op vorderingen die voortkomen uit een gebeurtenis die op zijn waterwegen heeft plaats gevonden de aansprakelijkheidsgrenzen van 3 en 6 miljoen rekeneenheden, bedoeld in artikel 7, eerste lid, tweede alinea, letters a) en b) niet zal toepassen.

3. De voorbehouden, waarvan op het tijdstip van ondertekening kennis wordt gegeven, moeten worden bevestigd bij de bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring.

4. Elke Staat die een voorbehoud heeft gemaakt ten aanzien van dit Verdrag, kan dit te allen tijde intrekken door middel van een kennisgeving aan de depositaris. Een zodanige intrekking wordt van kracht op de datum van ontvangst van de kennisgeving of op een in de kennisgeving genoemde latere datum.

Artikel 19

Opzegging

1. Dit Verdrag kan worden opgezegd door een Staat die Partij is bij dit Verdrag door middel van een kennisgeving gericht aan de depositaris op ieder tijdstip na afloop van een jaar nadat het Verdrag voor de desbetreffende Staat in werking is getreden.

2. De opzegging wordt van kracht de eerste dag van de maand na het verstrijken van een jaar te rekenen vanaf de datum van ontvangst van de kennisgeving, of zoveel later als in de kennisgeving is vermeld.

Artikel 20 *)

Herziening van de beperkingsbedragen

1. Op verzoek van een Staat die Partij is bij dit Verdrag roept de depositaris een vergadering bijeen van alle Partij zijnde Staten om te overleggen over de herziening van de in de artikelen 6 en 7 genoemde beperkingsbedragen of over de vervanging van de in artikel 8 van dit Verdrag bedoelde rekeneenheid.

2. Het besluit om de in de artikelen 6 en 7 genoemde bedragen te herzien of de in artikel 8 bedoelde rekeneenheid te vervangen wordt genomen met een meerderheid van twee derde van de Staten die Partij zijn bij dit Verdrag en die aanwezig zijn en hun stem uitbrengen, omvattende een meerderheid van twee derde van de in het eerste lid van artikel 16 genoemde Staten voor wie dit Verdrag in werking is getreden.

*) De Duitse delegatie acht het noodzakelijk artikel 20 van het ontwerp aan te vullen met de bepalingen zoals deze zijn weergegeven in het bijgevoegde document van 4 mei 1988.

3. Le dépositaire notifié à tous les Etats Contractants toutes les modifications décidées selon le paragraphe 2. La modification est considérée comme étant acceptée après l'expiration d'un délai de 6 mois à compter de la date de la notification, à moins que, dans ce délai, un tiers des Etats Contractants aient notifié au dépositaire leur refus d'accepter cette modification.

4. Une modification considérée comme étant acceptée selon le paragraphe 3 entrera en vigueur 18 mois après la date de son acceptation, à l'égard de tous les Etats qui à ce moment sont Parties à la présente Convention. Elle lie tout Etat devenant ultérieurement Partie à la présente Convention.

Article 21

Dépositaire

1. La présente Convention est déposée auprès du Secrétaire Général de la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin.

2. Le Secrétaire Général de la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin

a) transmet des copies certifiées conformes de la présente Convention à tous les Etats mentionnés au paragraphe premier de l'article 16 ainsi qu'à tous les autres Etats qui adhèrent à la présente Convention ;

b) informe tous les Etats qui ont signé la présente Convention ou y ont adhéré :

(i) de toute signature nouvelle, de tout dépôt d'instrument et de toute déclaration et réserve s'y rapportant, ainsi que de la date à laquelle cette signature, ce dépôt ou cette déclaration sont intervenus ;

(ii) de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention ;

(iii) de toute dénonciation de la présente Convention et de la date à laquelle celle-ci prend effet ;

(iv) de tout amendement qui est réputé avoir été accepté en vertu du paragraphe 3 de l'article 20 ainsi que de la date à laquelle l'amendement entre en vigueur, conformément au paragraphe 4 de l'article 20 ;

(v) de chaque décision par laquelle un Etat est invité à adhérer en vertu de la première phrase du paragraphe 3 de l'article 16 ainsi que de la date d'entrée en vigueur de la décision ;

3. Der Verwahrer notifiziert allen Vertragsstaaten jede nach Absatz 2 beschlossene Änderung. Die Änderung gilt nach Ablauf einer Frist von 6 Monaten nach dem Tag der Notifikation als angenommen, sofern nicht innerhalb dieser Frist ein Drittel der Vertragsstaaten dem Verwahrer mitgeteilt hat, dass sie die Änderung nicht annehmen.

4. Eine nach Absatz 3 als angenommen geltende Änderung tritt 18 Monate nach ihrer Annahme für alle Staaten in Kraft, die zu diesem Zeitpunkt Vertragspartei des Übereinkommens sind. Sie ist für jeden Staat, der nach diesem Zeitpunkt Vertragspartei des Übereinkommens wird, verbindlich.

Artikel 21

Verwahrer

1. Dieses Übereinkommen wird beim Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt hinterlegt.

2. Der Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt

a) übermittelt den in Artikel 16 Absatz 1 genannten Staaten sowie allen anderen Staaten, die diesem Übereinkommen beitreten, beglaubigte Abschriften des Übereinkommens ;

b) unterrichtet alle Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind :

(i) von jeder weiteren Unterzeichnung, von jeder Hinterlegung einer Urkunde sowie jeder dabei abgegebenen Erklärung und jedem dabei gemachten Vorbehalt unter Angabe des Zeitpunkts ;

(ii) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens ;

(iii) von jeder Kündigung dieses Übereinkommens unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem sie wirksam wird ;

(iv) von jeder Änderung, die nach Artikel 20 Absatz 3 als angenommen gilt, unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem diese Änderung nach Artikel 20 Absatz 4 in Kraft tritt ;

(v) von jedem Beschluss, durch den ein Staat nach Artikel 16 Absatz 3 zum Beitritt eingeladen wird, sowie vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Beschlusses ;

(vi) von jeder auf Grund einer der Bestimmungen dieses Übereinkommens erforderlichen Mitteilung.

3. De depositaris geeft aan alle Staten die Partij zijn bij dit Verdrag kennis van de overeenkomstig het tweede lid besloten wijzigingen. De wijzigingen worden geacht aanvaard te zijn na afloop van een periode van 6 maanden te rekenen vanaf de dag van de kennisgeving, tenzij binnen deze periode een derde van de Staten die Partij zijn bij dit Verdrag aan de depositaris hebben medegedeeld dat zij de wijziging niet aanvaardden.

4. Een overeenkomstig het derde lid aanvaarde wijziging treedt in werking 18 maanden na zijn aanvaarding voor alle Staten die op dat tijdstip Partij zijn bij dit Verdrag. Zij is verbindend voor iedere Staat die na dit tijdstip Partij wordt bij dit Verdrag.

Artikel 21

Depositaris

1. Dit Verdrag wordt nedergelegd bij de Secretaris-Generaal van de Centrale Commissie voor de Rijnvaart.

2. De Secretaris-Generaal van de Centrale Commissie voor de Rijnvaart

a) doet voor eensluidend gewaarmerkte afschriften van dit Verdrag toekomen aan alle Staten, bedoeld in artikel 16, eerste lid, en aan alle andere Staten die tot dit Verdrag toetreden ;

b) stelt alle Staten die dit Verdrag hebben ondertekend of daartoe zijn togetreden in kennis van :

(i) elke nieuwe ondertekening, elke nederlegging van een akte en de daarbij behorende verklaring en het daarbij gemaakte voorbehoud, alsmede de datum daarvan ;

(ii) de datum van inwerkingtreding van dit Verdrag ;

(iii) elke opzegging van dit Verdrag en de datum waarop deze van kracht wordt ;

(iv) iedere wijziging die volgens het derde lid van artikel 20 geacht wordt aanvaard te zijn, alsmede de datum waarop deze wijziging in werking treedt overeenkomstig het vierde lid van artikel 20 ;

(v) ieder besluit waardoor een Staat overeenkomstig artikel 16, derde lid wordt uitgenodigd toe te treden en de datum van inwerkingtreding van het besluit ;

(vi) iedere krachtens een bepaling van dit Verdrag vereiste mededeling ;

(vi) de toute communication requise par l'une des parties.

Article 22
Langues

La présente Convention est établie en un seul exemplaire original en langues allemande, française et néerlandaise, chaque texte faisant également foi.

Artikel 22
Sprachen

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer und niederländischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 22
Talen

Dit Verdrag is in een enkel oorspronkelijk exemplaar opgesteld in de Duitse, de Franse en de Nederlandse taal, waarbij iedere tekst gelijkelijk authentiek is.

SCHWEIZER BUNDESRAT
CONFÉDÉRATION SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Veröffentlichung
Publication
27. Okt. 1923

beschlossen:

Prof. Dr. Gerhard Jäger, geboren am 12. Dezember 1882, deutscher Staatsangehöriger, Assistenzprofessor für Informatik, wird zum 1. Oktober 1923 aus der Professur entlassen.

Ur- und Gegenseitige
Original und Gegenseitige

Proposition de la Delegation allemande

L'article 20 est à compléter comme suit:

1.
- 1a) Lors du débat sur la révision des montants de limitation prévus aux articles 6 et 7 il doit être tenu compte de l'expérience acquise en matière d'événements dommageables et, en particulier, du montant des dommages en résultant, des fluctuations de la valeur des monnaies et de l'incidence de l'amendement proposé sur le coût des assurances.
- 1b) (i) Aucun amendement visant à modifier les limites de responsabilité en vertu du présent article ne peut être examiné avant l'expiration d'un délai de cinq ans à compter de la date à laquelle la présente Convention a été ouverte à la signature et d'un délai de cinq ans à compter de la date d'entrée en vigueur d'un amendement antérieur adopté en vertu du présent article.
- (ii) Aucune limite ne peut être relevée au point de dépasser un montant correspondant à la limite fixée dans la Convention modifiée de 6 p. 100 par an, en intérêt composé, à compter de la date à laquelle la présente convention a été ouverte à la signature.
- (iii) Aucune limite ne peut être relevée au point de dépasser un montant correspondant au triple de la limite fixée dans la Convention.

2.
3.
4. Un amendement réputé avoir été accepté conformément au paragraphe 3) entre en vigueur six-oult mois après son acceptation, à l'égard de tous les Etats qui, à ce moment, sont Parties à la présente Convention, à moins qu'ils ne dénoncent la présente Convention, conformément à l'article 19, paragraphe 1, six mois au moins avant l'entrée en vigueur de cet amendement. Cette dénonciation prendra effet lorsque ledit amendement entre en vigueur. L'amendement devient obligatoire pour tout Etat qui ultérieurement devient Partie à la présente Convention."

Vorschlag der deutschen Delegation

Artikel 20 ist wie folgt zu ergänzen:

1.
- 1a. Bei der Beratung über die Revision der nach den Artikeln 6 und 7 vorgesehenen Haftungshöchstbeträge sind die aus Schadenereignissen gewonnenen Erfahrungen und insbesondere der Umfang der daraus entstehenden Schäden, die Geläufigkeitsveränderungen sowie die Auswirkungen der in Aussicht genommenen Änderungen auf die Versicherungskosten zu berücksichtigen.
- 1b. (i) Eine Änderung der Haftungshöchstbeträge aufgrund dieses Artikels darf frühestens fünf Jahre nach dem Tag, an dem dieses Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, und frühestens fünf Jahre nach dem Tag des Inkrafttretens einer früheren Änderung aufgrund dieses Artikels beraten werden.
- (ii) Ein Höchstbetrag darf nicht soweit erhöht werden, dass er einen Betrag übersteigt, der dem im Übereinkommen festgesetzten Höchstbetrag, zuzüglich 6 v. H. pro Jahr, errechnet nach dem Zinseszinsprinzip von dem Tag an, an dem dieses Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, entspricht.
- (iii) Ein Höchstbetrag darf nicht soweit erhöht werden, dass er einen Betrag übersteigt, der das Dreifache des im Übereinkommen festgesetzten Höchstbetrags entspricht.

2.
3.
4. Eine nach Absatz 3 als angenommen geltende Änderung tritt 18 Monate nach ihrer Annahme für alle Staaten, die zu diesem Zeitpunkt Vertragsparteien des Übereinkommens sind, in Kraft, sofern sie nicht das Übereinkommen nach Artikel 19 Absatz 1 spätestens 6 Monate vor Inkrafttreten der Änderung kündigen. Die Kündigung wird mit Inkrafttreten der Änderung wirksam. Die Änderung ist für jeden Staat, der nach dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt Vertragspartei des Übereinkommens wird, verbindlich."

Voorstel van de Duitse delegatie

Aan artikel 20 wordt het volgende toegevoegd:

1.
- 1a) Bij de bespreking van de herziening van de in de artikelen 6 en 7 bedoelde beperkingsbedragen wordt rekening gehouden met de ervaring opgedaan bij voorvallen en in het bijzonder met het bedrag van de daaruit voortvloeiende schade, met wijzigingen in geldswaarden, en de gevolgen van de voorgestelde wijziging voor de kosten van verzekering.
- 1b) (i) Er mag geen wijziging van de beperkingsbedragen ingevolge dit artikel worden overwogen binnen vijf jaar vanaf de datum waarop dit Verdrag voor ondertekening werd opgesteld, en evenmin binnen vijf jaar vanaf de datum van aangaande van een voorafgaande wijziging ingevolge dit artikel.

- (ii) Er mag geen beperkingsbedrag zodanig worden verhoogd, dat deze een bedrag overschrijdt dat overeenkomt met de beperking vervat in het Verdrag, verhoogd met zes ten honderd per jaar berekend op samengestelde basis vanaf de datum waarop dit Verdrag voor ondertekening werd opgesteld.

- (iii) Er mag geen beperkingsbedrag zodanig worden verhoogd, dat deze een bedrag overschrijdt dat overeenkomt met het bedrag vervat in dit Verdrag, vermenigvuldigd met drie.

2.
3.
4. Een overeenkomstig het derde lid aanvaarde wijziging treedt in werking achttien maanden na aanvaarding ervan voor alle Staten die op dat tijdstip Partij zijn bij dit Verdrag, tenzij zij ten minste zes maanden voordat de wijziging in werking treedt dit Verdrag opzeggen overeenkomstig het eerste lid van artikel 19. Een zodanige opzegging wordt van kracht wanneer de wijziging in werking treedt. De wijziging bindt iedere Staat die na het in de eerste volzin genoemde tijdstip Partij wordt bij dit Verdrag.

Pro
X
z.V
X